

forschung 365

Das Wissenschaftsmagazin der Universität zu Köln
The University of Cologne's Research Magazine

1

2016

STAAT UND HERRSCHAFT STATE AND POWER

Wenn der Staat versagt

Failed States destabilisieren
weltweit geopolitische Regionen

When the State Fails

Around the World, Fragile
Statehood is Destabilizing
Geopolitical Regions

Big Data im Gesundheitswesen

Interview mit der Medizinethikerin
Christiane Woopen

Big Data in the Health Sector

An Interview with the Medical Ethics
Expert Christiane Woopen

–

Alles unter Kontrolle?

Psychiatrische Krankenakten geben
Aufschluss über das Verhältnis von Staat
und Gesellschaft

Everything under Control?

Psychiatric Medical Records Shed Light
on the Relationship between State
and Society

–

Des Schutzmanns neue Kleider

Wie der Staat die Öffentlichkeitsarbeit
für sich entdeckte

The Constable's New Clothes

How the State Discovered Public
Relations



Staat und Herrschaft *State and Power*



Ja, Sie halten das richtige Magazin in der Hand. Wie Sie aber sehen, hat sich seit der letzten Ausgabe einiges verändert: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Pressestelle haben unser Wissenschaftsmagazin in den vergangenen Wochen auseinandergenommen, rostige Teile entfernt, neue nachgerüstet, anschließend alles wieder zusammengeschaubt und dem Ganzen zu guter Letzt noch einen frischen Anstrich verpasst. Herausgekommen ist dabei weitaus mehr als nur ein neues Layout; auch inhaltlich hat sich viel getan. So porträtieren wir zum Beispiel von nun an in jeder Ausgabe eine Wissenschaftlerin oder einen Wissenschaftler, denn Menschen machen Forschung lebendig. Menschen wie David Wirmer. Schon seit den ersten Studiensemestern interessiert sich Wirmer für den muslimischen Gelehrten Averroes. Heute ist er Juniorprofessor und wird einer der beiden Leiter einer neuen, hochdotierten Arbeitsstelle zur Averroes-Forschung an der Universität zu Köln. Das Porträt über ihn ist die Momentaufnahme einer Mammutaufgabe, an deren Ende eine kritische Edition von 18 Bänden stehen soll.

Wie gewohnt gibt es in jeder Ausgabe ein Schwerpunktthema, mit dem wir Ihnen möglichst verschiedene Perspektiven auf wichtige Themen unserer Zeit bieten möchten. Staat und Herrschaft ist solch ein Thema, das uns alle betrifft. Kaum zu übersehen ist etwa, dass es ganz in unserer Nähe Staaten gibt, die man vielleicht gar nicht mehr als solche bezeichnen kann. Die Folgen gescheiterter Staaten wie zum Beispiel Syrien oder Libyen erleben wir jeden Tag aufs Neue. Lesen Sie auf den folgenden Seiten darüber, wie sich Staaten überhaupt zu dem entwickelt haben, was sie heute sind.

Wir wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre und freuen uns über Ihr Interesse an unserem Magazin.

Yes, you are holding the right magazine in your hands. But you have probably noticed that a few things have changed since the last issue. In the past few weeks, the Press and Communications team has taken the Research Magazine apart, removed some rusty parts, added a few new ones and then put the whole thing back together with a new look. But the result is much more than a new layout; we have also reorganized the content. For example, we will introduce a scholar or scientist in every issue. After all, it is the people of this university that breathe life into research – people like David Wirmer. He became interested in the Muslim scholar Averroes already in an early phase of his studies. Today, he is an assistant professor and will become co-head of a new, prestigious research unit dedicated to the work of Averroes at the University of Cologne. The profile is a snapshot of a gargantuan task at the end of which stands the compilation of a critical edition comprising 18 volumes.

As before, each issue has a special theme in which we want to offer different perspectives on important topics of our times. State and power is such a topic that concerns us all. For one thing, it is hard to overlook that there are states in our vicinity that hardly deserve the name any longer. Every day, we have to grapple with the consequences of failed states such as Syria or Libya. But the following pages also shed light on the processes by which states have become what they are today.

We hope that you will enjoy the magazine and thank you for your interest.

Prof. Dr. Axel Freimuth | Rektor der Universität zu Köln Rector of the University of Cologne

Prof. Dr. Bettina Rockenbach | Prorektorin für Forschung Prorector for Research

Wissenschaft im Brennpunkt / Science in Focus

- 06 Tödliches Echo
Deadly Echo
- 10 Schadet Zynismus dem Geldbeutel?
Is Cynicism a Costly Affair?
- 14 Ausschalter für Fettgewebe
Off-switch for Fat Tissue
-

Wissenschaftssystem / Academia

- 61 Vertrauen und Karrieren
in der Wissenschaft
*Trust and Academic Career
Prospects*
-

Porträt / Profile

- 67 Wahrheitssucher im Sprachlabyrinth
Seeking Truth in a Labyrinth of Language
-

72 Impressum / Imprint

STAAT UND HERRSCHAFT STATE AND POWER

Seite 22
Des Schutzmanns
neue Kleider
*The Constable's
New Clothes*





Seite 18
Sichtweise:
Strafe ohne Staat
*Perspective:
Penalty without State*



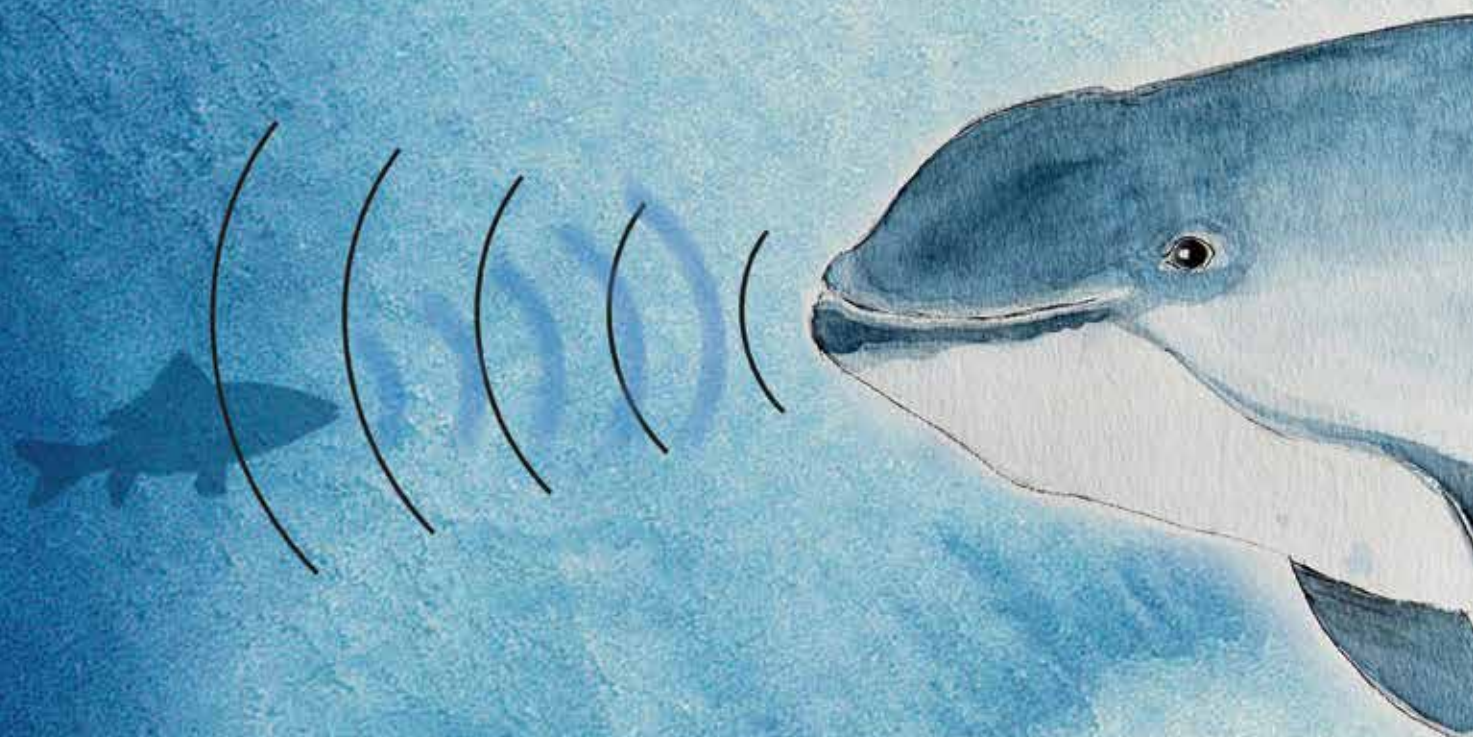
Seite 30
Alles unter
Kontrolle?
*Everything under
Control?*



Seite 40
Big Data im
Gesundheitswesen
*Big Data in the
Health Sector*



Seite 50
Wenn der Staat
versagt
*When the State
Fails*





Sebastian Grote

Tödliches Echo

Schweinswale kommen häufig als Beifang in der Fischerei ums Leben. Ein deutsch-brasilianisches Forscherteam hat nun womöglich herausgefunden, warum vor allem Jungtiere die Netze nicht erkennen.

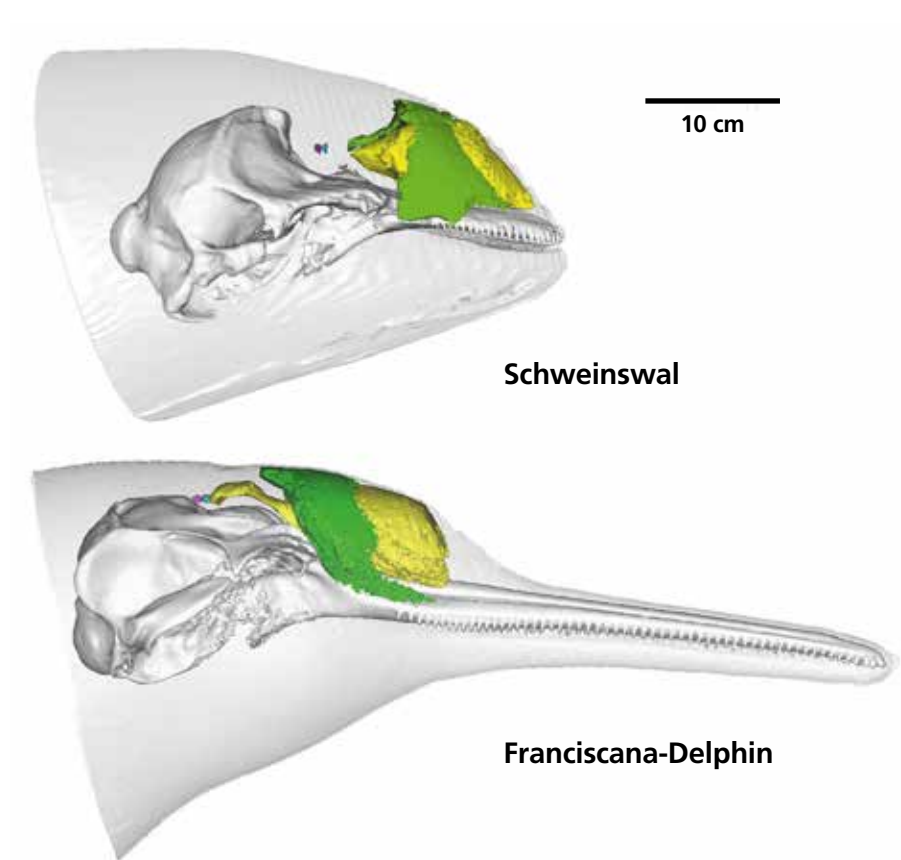
Eine Baggerschaufel voll Wasser war die Rettung. Als im Sommer 2011 ein frisch geborener Schweinswal in der Nähe von Rügen strandete, konnten seine Retter ihn nicht sofort zurück ins Meer bringen. Zu stark war der Wellengang. Das auf den Namen Mimi getaufte Walkalb überlebte in dem provisorischen Aquarium. Nach dem Sturm brachte man es zurück in die Ostsee, wo es seine Mutter wiederfand. Es wäre eine schöne Geschichte mit Happy End gewesen. Doch wenige Wochen später fand man Mimi wieder – erstickt in einem Fischernetz.

Mimis Schicksal ist kein Einzelfall. Vor allem junge Schweinswale verenden häufig als Beifang in Fischernetzen. Offenbar können Jungtiere die Netze nicht erkennen und verfangen sich deshalb häufiger als erwachsene Schweinswale. Die keine zwei Meter kleinen Wale sind unter anderem in der Nord- und Ostsee beheimatet. In der Ostsee sind sie sogar die einzige vorkommende Walart – noch, denn die Population ist vom Aussterben bedroht. Der Bestand zählt nur wenige Hundert Tiere. Der zufällige und nicht beabsichtigte Beifang bei Fischereiaktivitäten ist die größte Gefahr für Schweinswale der Ostsee. Woran liegt es aber, dass vor allem die Jungtiere die Netze nicht erkennen? >

Rund 10.000 Kilometer von der Ostsee entfernt könnten Wissenschaftler eine Antwort gefunden haben. An den Küsten Brasiliens und Argentiniens lebt der Franciscana-Delfin. Auch bei dieser Art verenden vor allem Jungtiere in Stellnetzen. Beide Arten nutzen außerdem ein ähnliches Echoortungssystem zur Orientierung und zum Beutefang. Bisher gingen Wissenschaftler davon aus, dass sich die Tiere aufgrund mangelnder Erfahrung in die Netze verirren. Der brasilianische Zoologe Guilherme Frainer hat jedoch herausgefunden, dass die Anatomie von Jungtieren für die hohe Todesrate durch Beifang verantwortlich sein könnte. Die für die Echoortung verantwortlichen Strukturen sehen bei Jungtieren anders aus als bei älteren Tieren. »Wir gehen davon aus, dass die kindliche Anatomie der Franciscana-Delfine noch gar nicht dazu ausgelegt ist, die Netze aufzuspüren«, sagt Frainer. »Jetzt wollen wir diese Hypothese an einer zweiten Tierart testen.«

Das gemeinsame Schicksal der Franciscana-Delfine und Schweinswale brachte Frainer und seine Kollegin Nathalia Serpa für einen einjährigen Forschungsaufenthalt nach Köln. Am Institut II für Anatomie rekonstruieren sie in Zusammenarbeit mit Dr. Stefan Huggenberger und Charlene Steinhausen die Anatomie und Entwicklung der Kopfstrukturen von Schweinswalen. Gemeinsam wollen sie herausfinden, ob sich die große Anzahl der jungen Schweinswale im Beifang – genauso wie beim Franciscana-Delfin aus ihrer brasilianischen Heimat vermutet – ebenfalls mit einem noch nicht vollständig ausgeprägten Echoortungssystem erklären lässt. Mit ihren Nasen produzieren Schweinswale und Franciscana-Delfine Klicklaute im Ultraschallbereich. Wenn dieses Signal zum Beispiel einen Fisch im Wasser trifft, registrieren die Tiere das Echo. Anstelle von sichtbaren Ohren nutzen sie dafür akustische Fettkörper am Unterkiefer, die den Schall zum Mittel- und Innenohr leiten.

Im Prinzip sollten die Franciscana-Delfine ihr akustisches Navigationssystem direkt nach der Geburt vollständig verwenden können. Schließlich sind sie extreme Nestflüchter, die schon vom ersten Tag an



alleine schwimmen und ihrer Mutter folgen müssen. Bisher ist man davon ausgegangen, dass die Anatomie neugeborener Tiere daher der von ausgewachsenen sehr ähnlich sein muss. »Bei jungen Franciscana-Delfinen haben wir erkannt, dass die Form der akustischen Fettkörper und der angrenzenden Knochen noch anders ist als bei den Erwachsenen«, sagt Frainer. Entsprechend müssen diese Strukturen auch andere akustische Eigenschaften haben. Ab welchem Alter die Anatomie vollständig ausgebildet ist, lässt sich noch nicht sagen. »Anhand der Todesfälle durch Beifang«, so Huggenberger, »können wir jedoch sehen, dass vor allem Tiere bis zu einem Alter von drei Jahren betroffen sind.« Bei den Untersuchungen stößt das deutsch-brasilianische Team in anatomisches Neuland. »Das Spannende ist, dass wir jetzt eine Anatomie untersuchen, die sich noch kein Mensch zuvor angesehen hat«, sagt Steinhausen.

Im nächsten Schritt wollen die Zoologen nachweisen, dass genau diese anatomischen Veränderungen in der Entwicklung der Franciscana-Delfine auch bei Schweins-

walen vorkommen. Die vorläufigen Ergebnisse zeigen schon jetzt eindeutig Umgestaltungen der Echoortungsstrukturen im Laufe des Lebens junger Schweinswale. »Das ist auf jeden Fall ein vielversprechendes Ergebnis und es zeigt uns, dass wir in der richtigen Richtung unterwegs sind. Jetzt müssen wir uns die Strukturen im Detail anschauen«, sagt Huggenberger. Sollte sich durch die weiteren Untersuchungen herausstellen, dass junge Schweinswale und Franciscana-Delfine nicht die anatomische Voraussetzung haben, um Fischernetze sicher zu orten – da sind sich die Wissenschaftler sicher – müssten die Schutzmaßnahmen bezüglich des zufälligen Beifangs überdacht werden.

Deadly Echo

**Porpoises often become entangled in fishing nets and die.
A German–Brazilian research team may have found out why
particularly young animals do not recognize the nets.**

An excavator shovel full of water ultimately saved it. In the summer of 2011, a newborn porpoise stranded close to the island of Rügen. Its rescuers were unable to immediately get it back into the water because the sea was too rough. The whale calf, which they called Mimi, survived in its provisional aquarium. After the storm was over, it was released into the Baltic Sea again, where it rejoined its mother. It would have been a lovely story with a happy end. But a few weeks later, Mimi was found again – suffocated in a fishing net.

Mimi's fate is not unique. Particularly young porpoises often end up as bycatch in fishing nets. It appears that the young animals cannot recognize the nets. Hence they become entangled more often than adults. Porpoises are less than two meters long and native to different oceans, including the North and the Baltic Seas. They are the only whale species in the Baltic Sea. However, the population is in danger of becoming extinct. Currently there are only a few hundred animals left. The unintended bycatching of porpoises is the greatest threat to this species in the Baltic Sea. But why do especially young animals fail to recognize the nets?

At the other end of the world, researchers may have found the answer. On the coasts of Brazil and Argentina lives the Franciscana dolphin. Many young animals of this species also die in gillnets. Both species have similar echolocation systems for navigating and hunting. In the past, scientists have assumed that the animals get caught up in the nets because they lack experience. But the Brazilian zoologist Guilherme Frainer found out that the anatomy of the young animals might be

to blame for the high death rates. The structures responsible for echolocation in the young animals differ from those in the adults. »We assume that the immature anatomy of the young Franciscana dolphins is not designed to identify the nets,« says Frainer. »We would now like to test this hypothesis on a second species.«

The shared fate of Franciscana dolphins and porpoises brought Frainer and his colleague Nathalia Serpa to the University of Cologne for a one-year research stay. At the Institute II of Anatomy, they are reconstructing the anatomy and structural development of porpoise heads with their colleagues Dr. Stefan Huggenberger and Charlene Steinhausen. Together, the four scientists want to find out if the high rate of porpoise bycatch – similarly to the Franciscana dolphins they researched at home – can be accounted for by the not yet fully developed echolocation systems. Porpoises and Franciscana dolphins produce clicking sounds in the ultrasonic range with their noses. If, for example, the signal hits a fish in the water, the animal registers the echo. Instead of visible ears, they have acoustic receptors located near their lower jaws, which pass the signal on to their middle and inner ear.

In principle, the echolocation systems of the Franciscana dolphins should be fully functional directly after birth. Since they are extreme precocial animals that have to be able to swim and follow their mothers from day one, experts have assumed that the anatomy of the new-born animals must be very similar to that of the adults. »In the case of the young Franciscana dolphins, however, we recognized that the form of the acoustic receptors and the

adjacent bones differs from that of the adult animals,« says Frainer. Accordingly, the structures must have different acoustic properties. At what age the anatomy is fully developed is still hard to say. »The dead animals we have seen in the fishing nets indicate that animals up to the age of three are most at risk.« The German-Brazilian team is breaking new ground with their research. »The exciting thing is that we are exploring an anatomy that no other human being has explored before us,« says Steinhausen.

The next step for the zoologists will be to prove that the anatomical changes they have observed in Franciscana dolphins also apply to porpoises. The preliminary results already show that the echolocation system changes during the development of young porpoises. »That is a very promising result. It shows us that our hypothesis was well-founded. Now we need to examine the structures in detail,« says Huggenberger. Should further research show that that young porpoises and Franciscana dolphins cannot locate fishing nets due to their immature anatomies, the researchers are certain that further measures would have to be taken to protect them from ending as accidental bycatch.



Sebastian Grote

Schadet Zynismus dem Geldbeutel?

Wissenschaftler des Instituts für Soziologie und Sozialpsychologie sind der Frage nachgegangen, wie sich Zynismus auf den wirtschaftlichen Erfolg von Menschen auswirkt.

Zyniker haben es nicht leicht im Leben. Ihre sozialen Beziehungen sind meistens weniger intakt als die von Idealisten und auch um ihre Gesundheit ist es häufig schlechter bestellt. Dr. Olga Stavrova und Dr. Daniel Ehlebracht vom Institut für Soziologie und Sozialpsychologie konnten nun einen weiteren Grund aufzeigen, warum zynische Menschen ihre Einstellung überdenken sollten: Am Ende des Monats landet auf ihren Konten weniger Geld als bei Idealisten. Das belegten die beiden Wissenschaftler mit einer Studie, deren Ergebnisse im Journal of Personality and Social Psychology erschienen sind.

Man hätte vermuten können, dass sich Zyniker besser vor Betrug und Ausbeutung schützen und es ihnen deshalb finanziell besser gehen sollte als gutgläubigen Idealisten, deren Verhalten mitunter auch als naiv gilt. Stavrova und Ehlebracht argumentieren in ihrer Studie hingegen, dass Zyniker die Gefahr, hintergangen zu werden, meistens deutlich überschätzen. Mit ihrer Einstellung handeln sich zynische Menschen ganz im Gegenteil sogar wirtschaftliche Nachteile ein. So verpassen sie zum Beispiel wertvolle Gelegenheiten, mit anderen gewinnbringend zu kooperieren und mit vereinter Kraft ihre Ziele zu erreichen. >

Idealisten sind im Geschäftsleben also nicht die naiveren, sondern die realistischeren Menschen. Ihre finanzielle Besserstellung beträgt laut der Studie immerhin bis zu 1.000 Euro im Monat. Das Einkommen haben die beiden Psychologen dabei sehr breit definiert. Neben dem Lohn aus Arbeit wurden zum Beispiel auch Renten oder Stipendien berücksichtigt.

Bereits in Oscar Wildes Gesellschaftskomödie *Lady Windermere's Fächer* lautet die Antwort auf die Frage, was ein Zyniker sei: jemand, der von allem den Preis kennt und den Wert von nichts. Wie aber lässt sich Zynismus überhaupt messen? Zu ihrem Ergebnis kamen Stavrova und Ehlebracht, indem sie umfangreiche Datensätze analysierten, die Aufschluss über die Einstellung von tausenden befragten Menschen gaben. Auf der einen Seite der Skala stehen diejenigen, die an das Gute im Menschen glauben und deren Handeln im Regelfall durch eine positive Einstellung anderen gegenüber bestimmt wird. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die viel häufiger Habgier, Neid und Missgunst bei anderen Menschen wahrnehmen und selbst in guten Taten vor allem böse Absichten sehen.

Da die verwendeten Datensätze teilweise mehrere Messzeitpunkte beinhalteten, konnten die beiden Wissenschaftler untersuchen, wie sich das Einkommen von Zynikern im Vergleich zu Idealisten im Zeitverlauf entwickelte. »Unsere Studie zeigt, dass ein zynisches Menschenbild zu einem geringerem Durchschnittseinkommen und einer flacheren Einkommensentwicklung führt als ein idealistisches Menschenbild«, sagt Ehlebracht. »Für Zyniker wiegen die Kosten verpasster Kooperation finanziell also tatsächlich schwerer als der Schutz vor vermeintlicher Ausbeutung«, fügt Stavrova hinzu. Wer von vornherein böse Absichten bei möglichen Kooperationspartnern sieht, hat dadurch etwa weniger Chancen auf Erfolge durch gemeinschaftliche Projekte.

Wie stark die wirtschaftlichen Nachteile für den Einzelnen sind, hängt auch davon ab, wie viel Kooperation im jeweiligen be-

ruflichen Umfeld nötig ist, vermuten die Wissenschaftler. In Berufen, die ein besonders hohes Maß an Teamwork und Kooperationsbereitschaft voraussetzen, könnten die Effekte somit noch stärker ausfallen.

Überraschende Ergebnisse lieferte zudem ein vergleichender Blick auf Stichproben aus 41 Ländern: »Wir konnten zeigen, dass die finanziellen Auswirkungen von Zynismus umso negativer sind, je freundlicher das soziale Klima in einem Land ist«, erklärt Stavrova. Wenn die Kriminalitätsrate niedrig ist und die meisten Menschen mit ihrem Verhalten zum Wohle der Gemeinschaft beitragen, verlieren Zyniker also besonders viel Geld im Vergleich zu Idealisten. Wo das soziale Klima hingegen durch ein vergleichsweise hohes Maß an Kriminalität und Egoismus geprägt ist, lassen sich keine so deutlichen Nachteile für Zyniker erkennen.

In manchen Umgebungen könnte laut den beiden Wissenschaftlern deshalb ein gewisses Maß an Vorsicht durchaus gerechtfertigt sein, um im beruflichen Leben keine Nachteile zu erfahren. Eine zynische Einstellung muss also unter finanziellen Gesichtspunkten nicht immer und unbedingt schädlich sein. »Was ich dahingegen sehr hoffnungsvoll finde«, betont Ehlebracht, »ist die Tatsache, dass selbst in den untersuchten Ländern mit den höchsten Kriminalitätsraten Zyniker nicht nachweislich mehr verdienen als Idealisten.« Den Autoren zufolge sollte es sich also so gut wie überall auf der Welt finanziell lohnen, zynische Einstellungen abzulegen und andere Menschen in einem wohlwollenden Licht zu betrachten.

Is Cynicism a Costly Affair?

Researchers at the Institute of Sociology and Social Psychology are exploring how cynicism influences people's economic success.

Cynics do not have it easy in life. Their social relationships are often less intact than the ones of idealists, and their health is also poorer in many cases. Dr. Olga Stavrova and Dr. Daniel Ehlebracht from the Institute of Sociology and Social Psychology now found another reason why cynical people should rethink their attitude: at the end of the month, they have less money in their bank accounts than idealists. The two researchers have published the results of their study in the *Journal of Personality and Social Psychology*.

It would appear obvious that cynics are better at protecting themselves against deceit and exploitation than idealists. Therefore, they should be financially better off than gullible idealists, whose behavior is sometimes regarded as naïve. However, in their study Stavrova and Ehlebracht argue that cynics tend to considerably overestimate the danger of being double-crossed. On the contrary, a cynical attitude often leads to economic disadvantages. For example, cynics miss out on valuable opportunities to cooperate with others – to their own benefit – or to unite forces in achieving a goal.

Hence, in business life idealists are not more naïve, but rather more realistic than cynics. After all, their financial advantage can add up to a plus of 1,000 euros per month. The psychologists defined income in very broad terms in this context. Besides a person's salary, it also includes pensions or scholarships.

Oscar Wilde's drawing room comedy *Lady Windermere's Fan* gives the following definition of a cynic: a man who knows the price of everything, and the value of

nothing. But how can cynicism actually be measured? Stavrova and Ehlebracht attained their result by analyzing various data sets that provide information about the attitudes of thousands of surveyed individuals. At one end of the scale are those who believe in humankind's inherent goodness and whose actions are generally guided by a positive attitude toward others. At the other end of the scale are those who tend to perceive greed, envy and resentment in other people. Even in good deeds, they see bad intentions.

Since some of the data sets measured certain factors over time, the two researchers were able to draw conclusions regarding the development of the incomes of cynics in comparison to those of idealists. »Our study shows that a cynical image of humanity leads to a lower average income and a flatter income development than an idealistic image of humanity,« says Ehlebracht. »Thus, for cynics the costs of missed opportunities for cooperation financially outweigh the protection they hope to achieve from perceived exploitation,« Stavrova adds. Those who automatically assume that potential cooperation partners have bad intentions diminish their chances of success through collaboration. The magnitude of the economic drawbacks for each individual most likely also depends on how much cooperation is required in different professional fields, the researchers surmise. In professions that require more teamwork and the willingness to cooperate, the effects may be amplified.

A comparative analysis of samples from forty-one countries moreover offered sur-

prising insights: »We were able to show that the financial consequences of cynicism are all the more negative the friendlier the social climate is in a country,« says Stavrova. Where the crime rate is low and most people contribute to the wellbeing of society with their behavior, cynics lose even more money in comparison to idealists. In countries where the social climate is marked by a comparably high crime rate and egocentrism, it was not possible to discern such clear drawbacks for cynics.

In some environments, the psychologists conclude, a certain amount of caution may certainly be called for in order to avoid drawbacks in professional life. Financially speaking, a cynical attitude is thus not always categorically harmful. »What I find promising, however, is that even in the countries in our survey with the highest crime rates, we could not prove that cynics earn more than idealists,« Ehlebracht concludes. All over the world, it thus appears to pay off to shun cynical attitudes and see other people in a benevolent light.



Robert Hahn

Ausschalter für Fettgewebe

**Gegen Übergewicht und Diabetes
durch Aktivierung des braunen Fettgewebes**

Übergewicht ist weltweit zur Volkskrankheit geworden und geht einher mit der dramatischen Zunahme des Körperfettanteils. Forscherinnen und Forschern vom Exzellenzcluster CECAD der Universität zu Köln und vom Max-Planck-Institut für Stoffwechselforschung ist es nun gelungen, ein Protein in Mäusen zu hemmen, das das Aktivieren des nützlichen braunen Fettes unterbindet. Fettleibige Mäuse, die mit den Proteinhemmern behandelt wurden, zeigten eine deutliche Verbesserung des Zuckerstoffwechsels.

Fett ist nicht gleich Fett. Menschen, aber auch andere Säugetiere wie Mäuse, besitzen zwei grundverschiedene Arten von Fett: Weißes Fett, das als Speicher für überschüssige Kalorien dient, kann Übergewichtige krank machen und zu schwerwiegenden Folgeerkrankungen wie dem Typ-2-Diabetes führen. Weniger bekannt ist das braune Fett, das verstreut im Körper vorliegt und effektiv Kalorien verbrennen kann. Da Übergewichtige nur geringe Mengen an braunem Fett aufweisen, könnte ihnen die Aktivierung des braunen Fettes daher effektiv bei der Verbesserung ihres Gesundheitszustandes helfen. >

Forscher vom Max-Planck-Institut für Stoffwechselforschung und dem Exzellenzcluster CECAD der Universität zu Köln um Dr. Jan-Wilhelm Kornfeld und Professor Dr. Jens C. Brüning konnten nun in der renommierten Fachzeitschrift *Nature Cell Biology* zeigen, wie genetische »Aus-Schalter«, sogenannte microRNAs, an der Aktivierung des braunen Fettes beteiligt sind: Hierzu untersuchten sie hunderte von microRNAs im braunen Fett von fettleibigen Mäusen und konnten zeigen, dass insbesondere eine microRNA namens miR328 im Fett der übergewichtigen Tiere vermindert vorlag. Die verringerte Menge an miR328 war nicht mehr ausreichend, um ein Protein namens Bace1 zu unterdrücken, welches daher vermehrt im braunen Fettgewebe der fettleibigen Tiere vorlag. Dies legte den Schluss nahe, dass die krankhaft erhöhte Menge an Bace1 im braunen Fett an der Entstehung von Stoffwechselproblemen in übergewichtigen Mäusen ursächlich beteiligt ist.

»Bace1 ist eigentlich ein alter Verdächtiger«, erklärt Kornfeld. »Es wird seit langem mit der Alzheimer-Erkrankung in Verbindung gebracht.« Ein erhöhter Bace1-Spiegel ist bisher hauptsächlich im Gehirn von Alzheimer-Patienten als eine Ursache für diese Krankheit beschrieben worden. Daher versucht die pharmazeutische Industrie bereits jetzt, die Alzheimer-Erkrankungen mit der Entwicklung von Hemmstoffen gegen Bace1 zielgerichtet zu behandeln.

»Neben den zentralen Erkrankungen des Gehirns haben Alzheimerpatienten auch starke Stoffwechselprobleme«, so Kornfeld. »Unser Ansatz war herauszufinden, ob sich die erhöhten Levels von Bace1 im Gehirn von Alzheimerpatienten in erhöhten Levels von Bace1 im Fett von übergewichtigen Menschen spiegeln.« Bis jetzt war noch wenig darüber bekannt, was dieses Protein im Rest des Körpers ausmacht. Dementsprechend entstand die Idee, die neuartigen Hemmstoffe auch gegen die erhöhte Menge an Bace1 im braunen Fettgewebe einzusetzen, um die Stoffwechselprobleme der übergewichtigen Mäuse über die Aktivierung des braunen Fettes zu verbessern. Dazu fütterten die Forscher fettleibige Mäuse mit einem solchen Bace1 Hem-

mer. In der Tat zeigten diejenigen Tiere, die derart behandelt wurden, eine Aktivierung des braunen Fettes sowie eine deutliche Verbesserung des Zuckerstoffwechsels. Das Bace1 ist mit einer molekularen Schere vergleichbar. Es ist ein Protein, das auf der Oberfläche anderer Zellen, wie zum Beispiel Fettzellen, sitzt. Seine Hauptaufgabe besteht darin, andere Eiweiße abzuschneiden, die ebenfalls auf der Oberfläche sitzen.

Die Wissenschaftler verwendeten für ihre Forschung die Hochdurchsatzmethode des Next Generation Sequencing und sichteten die genetischen Ausschalter, die microRNAs. Mit dem miR328 fanden sie dann den

Schalter für das verdächtige Protein. Kornfeld: »Bace1 ist ein Zielmolekül dieses genetischen Ausschalters.«

Die Forscher hoffen, dass der im Tierexperiment gut verträgliche Bace1-Hemmer in Zukunft als innovative Therapie gegen Diabetes und andere Stoffwechselstörungen eingesetzt werden könnte. Dafür wollen sie sich das Molekül und seine Funktion genauer anschauen, so Kornfeld: »Bace1 wurde von uns als ein sehr interessantes Zielmolekül erkannt. Was bisher aber nicht verstanden wurde ist, welche Eiweiße auf der Oberfläche geschnitten werden.«

In der Anfang April 2016 veröffentlichten Studie Global Report on Diabetes berichtet die Weltgesundheitsorganisation WHO von einer Vervielfachung der Diabetes-Erkrankten. Weltweit sind 422 Millionen Menschen betroffen. Hauptgründe sind Bevölkerungswachstum und alternde Bevölkerung, sowie Veränderungen im Lebensstil mit einhergehendem Übergewicht. Mehr Bewegung und gesunde Ernährung können helfen, die Zahl der Erkrankten zu reduzieren und Todesfälle zu verhindern.



Off-switch for Fat Tissue

Fighting Obesity and Diabetes by Activating Brown Fat Tissue

In recent decades, obesity has become a global problem. The disease goes hand in hand with a dramatic increase in the proportion of body fat. Researchers from the Cologne Cluster of Excellence in Cellular Stress Responses in Aging-associated Diseases (CECAD) and the Max Planck Institute for Metabolism Research and have now succeeded in inhibiting a protein that hampers activation of the useful brown fat in obese mice. When treated with inhibitors of this protein, the obese mice exhibited a notable improvement of their glucose metabolism.

Humans, but also other mammals such as mice, have two entirely different sorts of fat. White fat, which serves as a storage for excess calories, can make obese people ill and lead to serious secondary diseases such as type 2 diabetes. Brown fat, which is less well understood, is spread throughout our bodies and can effectively burn calories. Since obese people only have low quantities of brown fat, its activation could effectively help to improve their metabolic health.

The research teams of Dr. Jan-Wilhelm Kornfeld and Professor Jens C. Brüning from the Max Planck Institute for Metabolism Research and CECAD now published the results of their research in the renowned journal *Nature Cell Biology*. They were able to show how genetic «off switches», so called microRNAs, are involved in the control of brown fat. In this context, the researchers examined hundreds of microRNAs in the brown fat of obese mice. They found a decreased level of one particular microRNA, miR328, in the fat of the obese animals. This decreased abundance of miR328 no longer sufficed to suppress a protein called Bace1, the level of which

was consequently increased in the brown fat tissue of obese mice. This suggests that the abnormal increase of Bace1 in brown fat was one cause of the metabolic problems in obese animals.

»Actually, Bace1 is one of the usual suspects,« Kornfeld explains. »It has been associated with Alzheimer's disease for quite a while.« Interestingly, in the past an increased level of Bace1 in the brains of Alzheimer's patients has been identified as one potential cause of the disease. Hence the pharmaceutical industry is in the process of developing Bace1 inhibitors to treat Alzheimer's disease.

»Besides the affliction of the brain, Alzheimer's patients also suffer from significant metabolism problems,« says Kornfeld. »Our approach was to find out if the increased levels of Bace1 in the brains of Alzheimer's patients are mirrored in the increased levels of Bace1 in the fat of obese people.« Until now, the scientists knew relatively little about the effects this protein has on other parts of the body. Thus, the scientists reasoned that feeding these Bace1 inhibitors to obese mice to counteract the increased levels of Bace1 in their brown fat tissue might alleviate their metabolic problems by activating their brown fat. Indeed, the animals that received this treatment exhibited more active brown fat and a significant improvement of their glucose metabolism. Bace1 largely functions as a molecular cutter. The protein is located on the surface of other cells, for example fat cells. Its main function is to cut off other proteins also located on the surface of the cell.

The scientists used the high throughput method Next Generation Sequencing to

examine the genetic off-switches – the microRNAs. With miR328, they found the switch for the protein in question. Kornfeld: »Bace1 was one target molecule of this genetic off-switch.«

The researchers hope the Bace1 inhibitor that was well tolerated in the animal test will contribute to developing an innovative treatment of diabetes and other metabolic disorders in humans. To achieve this, they want to take a closer look at the molecule and its functions. »We identified Bace1 as an interesting target molecule. But so far we have not entirely understood which proteins are cut on the surface,« Kornfeld concedes.

In early April 2016, the World Health Organization published its Global Report on Diabetes. New data suggest that the number of people suffering from diabetes has multiplied by a factor of four. Around the world, 422 million people suffer from the illness. The main reasons for this development are demographic growth, an aging population and changes in lifestyle that foster obesity. More exercise and a healthier diet could contribute to reducing the number of new cases and fatalities.





SICHTWEISE

Prof. Dr. Michael Kubiciel

Strafe ohne Staat

Am Abend fand Herr Becker einen anderen Mann bei seiner Ehefrau, stach auf diese ein und verletzte sie schwer. Die Ratsherren entschieden, dass Herr Becker den Ehebruch seiner Frau angemessen bestraft habe und verzichteten darauf, Frau Becker ein weiteres Mal zu sanktionieren.

Dieser Fall einer anerkannten, nicht-staatlichen Strafe trug sich im Jahr 1416 zu. Formen der Privatjustiz blieben in Deutschland bis in die Neuzeit verbreitet. Erst als die Landesfürsten ihr Gewaltmonopol durchsetzen und eine grosso modo gleichmäßige Rechtsanwendung gewährleisten konnten, erschien die staatliche Strafe den Untertanen als einzige legitime Reaktion auf die Verletzung grundlegender Rechte. >

< Prof. Dr. Michael Kubiciel

Lehrstuhl für Strafrecht, Strafrechtstheorie und Strafrechtsvergleichung

Chair for Criminal Law, Criminal Law Theory and Comparative Criminal Law

Schnell avancierte das Strafrecht zu einem wichtigen Symbol staatlicher Macht. Nicht zufällig erstreckte der preußische König und frisch gekrönte deutsche Kaiser das Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund im Mai 1871 auf das gerade gegründete Deutsche Reich. Das Bürgerliche Gesetzbuch und das Handelsgesetzbuch traten erst 1900 in Kraft.

An eine zwischenstaatlich abgesprochene oder gar internationalisierte Strafgesetzgebung war nicht zu denken: Das Strafrecht sollte die innere Ordnung des Staates stabilisieren und musste daher vor allem Anschluss an Kultur und Tradition des Landes halten. Auch das Recht der Strafvollstreckung stand allein dem Staat zu. Lediglich in einer Ausnahmesituation – am Ende des Zweiten Weltkrieges – sprachen internationale Militärtribunale, nicht Staaten, Recht. Sie schrieben ein Kapitel der Strafrechtsgeschichte, dem jedoch zunächst keine weiteren folgten. Selbst in der Reformphase der 1970er Jahre wurde nicht ernsthaft erwogen, dass die Strafe und das Strafrecht ohne Staat auskommen könnten; Wissenschaftler erörterten vielmehr die Abschaffung des Strafrechts, das heißt die Möglichkeit eines »Staates ohne Strafe«.

Dies hat sich grundlegend geändert. Seit 2002 setzt der Internationale Strafgerichtshof überstaatliches Recht gegen (para-)staatliche Makrokriminalität durch, und im Bereich der Alltagskriminalität teilt sich der Staat die Gesetzgebung mit den verschiedensten internationalen Akteuren. Die EU hat begonnen, das Strafrecht ihrer Mitgliedsstaaten zu harmonisieren, und inter-

ationale Organisationen wie die Vereinten Nationen schreiben den Staaten die Kriminalisierung von Wirtschafts-, Umwelt- und Cyberdelikten vor. Das Strafrecht ist zu einem gängigen Instrument transnationalen und internationalen Regierens geworden. Damit reagieren die Staaten auf ihre geschrumpfte Handlungsmacht: Die Mobilität von Menschen, Waren und Daten haben grenzüberschreitende – im Internet sogar grenzenlose – Räume entstehen lassen, in denen ein Staat nicht für die Durchsetzung des Rechts sorgen kann. Infolgedessen gehen Staaten eine Vielzahl von Kooperationen ein, um ihren Ordnungsanspruch in einer veränderten Kriminalgeographie einlösen zu können.

Auch im Inland ist der Staat auf nicht-staatliche Kooperationspartner angewiesen: Ermittlungen in großen Unternehmen werden häufig von internen Untersuchungen durch Rechtsanwaltssozialitäten begleitet, die ihre Ergebnisse der Staatsanwaltschaft zur Verfügung stellen. Da letztere bei komplexen Verfahren schnell an die Grenzen ihrer Ressourcen stoßen, ist diese Hilfe willkommen und wird mit Nachlässen auf Strafe bzw. Unternehmensgeldbußen honoriert. Auch hier zieht der Staat sich nicht zurück, sondern testet Kooperationsformen, um Recht unter erschwerten Bedingungen durchzusetzen.

Ob diese Entwicklungen zu einem Strafrecht führen, das sich vom Staat weiter löst, vermag niemand zu sagen. Ausgeschlossen ist dies nicht: Die Verbindung von Strafe und Staat ist nicht logischer, sondern politischer Natur und daher veränderlich. Schon

die bisherige Entwicklung wirft Grundsatzfragen auf. Wie lassen sich rechtsstaatliche Garantien einlösen, wenn sich der Staat die Verantwortung für Strafgesetzgebung und Rechtsdurchsetzung mit anderen Akteuren teilt? Haben wir eine Einbuße an Strafrechtskultur zu befürchten oder fördert die Internationalisierung der Kriminalpolitik den Export eines liberalen Strafrechtsdenkens? Diese Fragen spiegeln sowohl den wissenschaftlichen Reiz wie die praktische Bedeutung der im Werden befindlichen future concepts of criminal law.

185 x 52 mm

Kölner Studierendenwerk

Penalty without State

One evening, Mr. Becker found his wife with another man. He stabbed her, inflicting serious injuries. The city councilmen decided that Mr. Becker had adequately punished his wife for her infidelity and decided not to penalize her any further.

This case of a recognized penalty not imposed by the state occurred in 1416. Forms of private justice remained widespread in Germany until modern times. Only when the territorial princes enforced their monopoly on the legitimate use of force, enabling them to more or less guarantee the consistent enforcement of the law, did penalization solely by the state begin to appear to citizens as the only legitimate reaction to the infringement of basic rights. Criminal law quickly became an important symbol of state power. It was no coincidence that the King of Prussia and newly crowned German Emperor expanded the Criminal Code of the North German Confederation to the newly founded German Empire in May 1871. The Civil Code and the Commercial Code only came into force in 1900.

Bilateral or even international criminal legislation seemed unthinkable. Criminal law was intended to stabilize the internal order of the state and hence had to correspond, first and foremost, with the culture and traditions of the county. Law enforcement was an exclusive right of the state – with one notable exception. At the end of World War II, international military tribunals, not states, administered justice. However, this would remain an exceptional chapter in the history of criminal law. Even during the reform phase of the 1970s, nobody seriously considered that penalty and criminal law could exist independently of the state. Rather, scholars discussed the abolition of criminal law, hence a »state without penalty.«

This has fundamentally changed. Since

2002, the International Court of Justice is enforcing supra-state justice against (para)-state petty crime, and in the area of small-scale crime, the state is sharing its legislative duties with various international actors. The European Union has begun to harmonize the criminal law systems of its member states, and international organizations such as the United Nations are prescribing the criminalization of economic, environmental and cyber offenses. Criminal law has become a common instrument of transnational and national governance. States are using it to counter their diminishing influence in other areas. The mobility of people, goods and data has led to the emergence of transnational (in the case of the internet even transgressive) spaces in which states are unable to enforce national law. As a consequence, states are cooperating with different actors in order to be able to fulfill their claim on establishing and maintaining order in a changing criminal landscape.

Domestically, states also depend on cooperation with non-state actors. Investigations of large companies are often accompanied by the internal investigations of law firms that make their findings available to the public prosecutor. Since the latter has very limited resources in complex trials, this help is quite welcome and often rewarded with milder sentences or fines. Here also, this does not mean that the state is on the retreat; rather, it is testing forms of cooperation that allow it to uphold the law in difficult circumstances. It is uncertain whether or not these developments will lead to a criminal system

that is increasingly detached from the state. However, it is not unthinkable. The connection between criminal law and the state is not of a logical, but of a political nature. Hence means it is changeable. Past developments suffice to raise fundamental questions. How can we guarantee the rule of law if the state shares its legislative responsibilities with other actors? Do we have to fear a decline in the culture of criminal law, or does the internationalization of criminal policy foster the export of liberal criminal law principles? These questions reflect both the academic challenge and the practical ramifications of future concepts of criminal law.



Sebastian Grote

Des Schutzmanns neue Kleider

Stabile Staaten sollten gegenüber der Bevölkerung ein gutes Bild abgeben. Seit der Aufklärung bemühen sie sich daher zunehmend um Öffentlichkeitsarbeit. Sie lernten die Massenmedien verstehen, warben für Aufrüstung und verpassten Polizisten neue Uniformen.

»Do steiht ne Schutzmann, dä hät der ganzen Dag noch nix gedon«, hört man Kölner in der fünften Jahreszeit johlen. Der Karnevalsklassiker über den faulen Schutzmann geht auf ein altes Spottlied zurück, mit dem Generationen von Jugendlichen die Obrigkeit provozierten. Auf eine vergleichsweise charmante Weise zieht es die uniformierten Staatsdiener ins Lächerliche. Es sagt allerdings nicht nur etwas über den besungenen Schutzmann aus, sondern auch über das grundsätzliche Verhältnis zwischen Staat und Bevölkerung. Ob in Volksliedern, Karikaturen oder Kinderbüchern: Die spöttische Darstellung von Obrigkeiten ist immer ein Gegenentwurf zu dem Bild, das diese selbst vermitteln wollen. Dabei gibt es seit der Aufklärung ganz konkrete Überlegungen, wie man das Ansehen staatlicher Institutionen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit verbessern kann. Wenn der Staat etwa in Person des Schutzmanns auf der Straße mit der Bevölkerung in Kontakt tritt, soll er als Partner und nicht als Gegenspieler wahrgenommen werden.

Nichts dem Zufall überlassen

»Das Bild der Polizei bildet die erste Verteidigungslinie, nicht die Polizei selbst. Ist dies ein positives Bild, so wird – grob gesagt – die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung begünstigt und das Vertrauen in den Staat und seine Organe stabilisiert«, sagt Professor Jens Jäger vom Historischen Institut. »Ist dagegen das Bild eher negativ, wird der Umgang mit der Bevölkerung kompliziert – und dies hängt zunächst und vor allem vom medial vermittelten Bild der Polizei ab.« Der Historiker erforscht, wie sich die Repräsentation des Staates in den letzten 250 Jahren entwickelt hat. Dazu arbeitet er sich durch verschiedenste Quellen zu dem Thema, die greifbar sind: Staatswissenschaftliche Literatur, Traktate, Dienstvorschriften und Zeitungsartikel geben Auskunft darüber, wie sich Staatsdiener verhalten sollten und wie dieses Verhalten in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Jäger ist davon überzeugt, dass dabei nichts dem Zufall überlassen wurde. »Der Repräsentationsgedanke staatlicher Institutionen beginnt damit, dass diese ihr Verhältnis zur Bevölkerung ganz neu definiert haben. Meiner

Meinung nach ist das ein ganz zentraler Baustein der Modernisierung«, erklärt er.

Regieren soll effektiver werden

Seit der Aufklärung werden die Weichen für moderne Staaten gestellt: Rationaler sollen sie werden und sich am Gemeinwohl orientieren. Vordenker wie Johann Heinrich Gottlob Justi und später Carl Julius Bergius publizierten ihre Vorstellungen davon, wie der Staat funktionieren soll und welche Rolle seine Beamten dabei spielen. »Geht es nach ihnen, soll das Regieren durchschaubarer und vor allem effektiver werden, um die personellen Ressourcen sinnvoll einzusetzen«, erklärt Jäger. In ihren staatswissenschaftlichen Abhandlungen definieren sie auch Eigenschaften, die jeder Beamte in den Dienst mitzubringen hat: unter anderem ein freundliches, aber verbindliches Wesen im Umgang mit den Bürgern. Nach und nach findet das Gedankengut zum idealen Beamtenprofil selbst Einzug in die Enzyklopädien. So entstand eine Norm, an der das Verhalten von Staatsdienern gemessen werden konnte. Leitende Beamte reformierten ihre Behörden, die von nun an bereits vor einem realen Aufeinandertreffen mit der Bevölkerung sichtbar sein sollten. Die Bürger wiederum bekamen das Gefühl, dass sie es mit berechenbaren Institutionen statt willkürlichen Übergriffen des Staates zu tun hatten.

PR für den Flottenbau

Der große Medienwandel im 19. Jahrhundert wälzt den Repräsentationsgedanken schließlich noch einmal deutlich um. Immer mehr Informationen erreichen immer schneller immer mehr Menschen. Nachrichten, Fotografien, Karikaturen, Broschüren und Plakate schaffen dadurch neue Machtverhältnisse, denn über die Medien lässt sich das Bild einer Behörde steuern. Allein die Anweisungen eines Ministerpräsidenten oder Behördenleiters zählt dabei nicht mehr viel. Sogenannte Literarische Büros und Pressestellen – anfangs noch relativ dicht unter der Regierung angesiedelt – bekommen den Auftrag, die Arbeit der Behörden in ein gutes Licht zu rücken. »Staatliche Institutionen reagierten auf den

Medienwandel mit der Einrichtung von Stellen, die sie sichtbarer machen und für ihr Handeln werben sollten. Dabei ging es zunächst vor allem um große politische Entscheidungen, die im Inland und Ausland positiv dargestellt werden sollten«, sagt Jäger. Eines der bekanntesten Beispiele dafür war das Nachrichtenbüro des Reichsmarineamts im Deutschen Reich. Es sollte die kaiserliche Marine bekannt und beliebt machen, um die Bevölkerung aber auch Entscheidungsträger auf den Flottenbau im Wetttrüsten gegen England einzustimmen. Die öffentliche Meinung wurde so als strategisches Instrument für die neue Weltmachtpolitik eingesetzt.

Wie soll ein Streifenpolizist gekleidet sein?

Aber auch kleinere Institutionen wie lokale Polizeibehörden gingen zur Zeit des Kaiserreichs neue Wege der Öffentlichkeitsarbeit. Die Geschichte der Polizei nimmt in Jägers Forschungsvorhaben eine besondere Rolle ein, denn immerhin ist keine zweite staatliche Institution im Alltag so sichtbar. Anfang der 1870er Jahre startete etwa die Berliner Polizei ihre systematische Pressearbeit mit einem eigens dafür eingerichteten Büro. Die Mitarbeiter suchten den Kontakt zu Medienvertretern, um die Berichterstattung zugunsten der Polizei zu beeinflussen. Selbstrepräsentation und Imagepflege waren aber längst nicht auf Zeitungsartikel beschränkt. Die äußere Erscheinung der Beamten als Repräsentanten der gesamten Behörde beeinflusste ebenfalls die öffentliche Wahrnehmung. »Seit dem 19. Jahrhundert wird die moderne Polizei dauerhaft in der Form uniformierter Beamter für die Bevölkerung sichtbar«, erklärt Jäger. Doch wie soll der einzelne Streifenpolizist gekleidet sein, damit er freundlich und gleichzeitig tonangebend wirkt? Als der britische Innenminister Robert Peel 1829 mit der Metropolitan Police in London die erste uniformierte Polizei im Vereinigten Königreich gründete, legte er großen Wert darauf, dass die Kleidung nicht militärisch aussah. Die Uniform des Polizisten im öffentlichen Raum sollte stattdessen ein friedliches Miteinander zwischen Bürger und Ordnungsmacht betonen.



Das Selbstbild der Polizei sah agile und junge Staatsdiener vor

Das war eine Entscheidung, von der die preußischen Behörden selbst im ausgehenden Jahrhundert noch weit entfernt waren: Hier beherrschte noch die Pickelhaube das Bild des Schutzmanns. Mit seiner prägnanten Kopfbedeckung unterscheidet sich der preußische Polizeibeamte zunächst optisch kaum von einem Angehörigen der Armee. Bis zum Abschied von den militärischen Uniformen sollte es noch einige Jahrzehnte dauern – was jedoch nicht bedeutet, dass sich die deutschen Polizeibehörden damals keine Gedanken über die visuelle Außenwirkung ihrer Beamten gemacht haben: Fotografien von Polizisten sollten nach aller Möglichkeit mit dem in Karikaturen über

Staatsmacht vorherrschenden Bild des älteren, dicklichen und schnauzbärtigen Mannes aufräumen. Das Selbstbild der Polizei stattdessen sah agile und junge Staatsdiener vor.

Dein Freund und Helfer?

Erst nach dem Ersten Weltkrieg bemühte sich der preußische Innenminister und Polizeipräsident von Berlin, Albert Grzesinski, um eine Demokratisierung der Polizei. Anstelle ehemaliger Soldaten sollte der Nachwuchs künftig vermehrt aus zivilen Berufen rekrutiert werden. Das hatte Auswirkungen auf Aussehen und Verhalten der Polizisten: »Der neue Beamte sollte ein Repräsentant der demokratischen Ordnung sein. Dazu gehörte ein freundlicher Umgangston

ebenso wie der Abbau von Kommunikationsbarrieren«, betont Jäger. Grzesinski gilt als ein möglicher Urheber des Slogans »Die Polizei – Dein Freund und Helfer«. Die neue Außenwirkung der Polizei sollte dabei helfen, Spannungen zwischen Staat und Bevölkerung abzubauen. Ohne militärische Insignien sollte der Schutzmann auf der Straße ein gut funktionierendes ziviles Staatswesen symbolisieren. Er repräsentierte einen Staat, zu dem sich die Bürger freiwillig bekennen. »Wenn sich alle auf diese Norm verstehen, dann braucht man nur einen kleinen Apparat, um diese Norm durchzusetzen«, schlussfolgert Jäger. Denn: »Je gesetzestreu die Bürger von sich aus schon sind, desto weniger Polizei braucht der Staat.«

The Constable's New Clothes

Stable states should have a positive image for the general public. Since the Enlightenment, they have therefore increasingly invested into public relations. They learned about mass media, lobbied for better equipment and gave the police new uniforms.

There is a Cologne Carnival song about a constable who has done nothing all day long. The Carnival classic about the supposedly lazy policeman has its origins in a satire with which a generation of young people provoked the authorities. At the same time, it is also a charming way to make fun of uniformed civil servants. However, it not only says something about the constable, but also about the fundamental relationship between the state and its citizens. Whether it is folksongs, caricatures or children's books – the satirical depiction of authorities is often an alternative concept of the image that they present of themselves. Ever since the Enlightenment, authorities have given serious thought to how the image of state institutions can be improved through public relations. When the state, as represented on the street by the police, comes into contact with citizens, it should be perceived as a partner, not as an opponent.

Nothing left to chance

»The image of the police is the first line of defense, not the police themselves. If they have a positive image, this will basically benefit all of their interactions with the population and create trust in the state, thereby stabilizing its institutions,« says

Professor Jens Jäger of the Department of History of the University of Cologne. »If the image is negative, then dealing with the public will be complicated – and this depends on the image of the police projected in the media.« The historian is researching how the representation of the state has developed over the last 250 years. His work involves digging through the diverse sources available on the subject. Political science literature, tracts, official regulations and newspaper articles all provide information about how state workers should behave and how the public perceived this behavior. Jäger is convinced that nothing was left to chance. »The concept of representation for state institutions originates with their redefinition of their behavior toward the general public. In my opinion, this is a central component of modernization,« he explains.

More effective governing

Since the Enlightenment, the authorities have set the course for modern states: they should be more rational and concentrate on the greater good of the population. Visionaries such as Johann Heinrich Gottlob Justi and later Carl Julius Bergius wrote about how the state should function and the role officials should play in it.

»According to them, governing should be transparent and, above all, more effective so that personnel resources are utilized in a sensible manner,« explains Jäger. In their political analyses, they also define characteristics that every official should have for their job: these include that they have a friendly but authoritative character when dealing with citizens. This concept of the ideal profile of a civil servant gradually found its way into encyclopedias. This created a standard against which the behavior of civil servants could be measured. Senior civil servants reformed their departments – something that was supposed to be visible before officials actually encountered the general public. Citizens, on the other hand, had the feeling that they were dealing with predictable institutions instead of arbitrary infringements of the state.

PR for shipbuilding

The fundamental changes in the media that unfolded in the nineteenth century dramatically revolutionized representation once again. More information began to reach more and more people. News, photographs, caricatures, brochures and posters created new power relations because the media could control the image of authorities. The orders of a prime minister





or the head of an agency alone no longer counted for much. So called literary offices and press offices – which were originally based at the government offices – were given the task to generate positive publicity for the authorities. »State institutions reacted to the changes in the media with the establishment of offices that were to make them more visible and promote their work. That significant political decisions are portrayed in a positive light both at home and abroad was particularly important in this context,« says Jäger. One of the better known examples of this was the news office of the German Imperial Naval Office in the German Empire. It was founded to make the imperial navy known and popular in order to convince both the general public and policy makers of the importance of shipbuilding during the arms race against England. Public opinion was thus used as a strategic instrument in the country's new imperialist ambitions.

What should the police wear?

However, even smaller institutions such as local police authorities were breaking new ground in relation to public relations in the Kaiserreich. The history of the police plays a special role in Jäger's research because no other state institution is so visible in daily life. At the beginning of the 1870s, the Berlin Police set up an office responsible for systematic presswork. The members of staff sought contact with media representatives to influence coverage in favor of the police. Self-representation and image cultivation were not limited to newspaper articles, however. The outward appearance of officers as representatives of the authorities as a whole also influenced public perception. »Since the nineteenth century, the modern police in the form of uniformed civil servants have been visible for the general population,« explains Jäger. But how should individual police officers be dressed so that they seem

both friendly and authoritative? When in 1829 the British Home Secretary Robert Peel founded London's Metropolitan Police, the first uniformed police force in the United Kingdom, he made a point of making sure their uniforms did not resemble military uniforms. The uniforms of the police in the public sphere should instead place emphasis on peaceful cooperation between citizens and the law enforcement officers.

The self-image of the police as agile and young civil servants

This was a decision that the Prussian authorities were still far from – even at the end of the century: at this time, the spiked helmet still dominated the image of the constable. With their impressive headwear, the Prussian police officers were very similar to members of the army in their appearance. It took a few more decades until military uniforms were replaced – which



by no account means that the German police did not give thought to the public perception of their officers: photographs of police were no longer to portray old and portly men with moustaches – a caricature that was a dominant image of state power. The self-image instead envisioned agile and young civil servants.

Friend and helper

It was not until after World War I that Albert Grzesinski, the Prussian Interior Minister and Chief of Police of Berlin, made efforts to democratize the police force. Instead of former soldiers, recruits came from the civil population. That had an effect on the appearance and behavior of the police: »The new officers were a representation of democratic order. This included a friendlier tone as well as dismantling communication barriers,« says Jäger. The slogan »The Police – Your Friend and Helper« is said to have been created by Grzesinski.

The new public perception of the police was intended to help break down tensions between the state and the general public. Without military insignia, police on the street symbolized a well-functioning civil body politic. It represented a state to which citizens were gladly loyal. »If everyone understands this norm, then only a small apparatus is necessary to implement it,« concludes Jäger. After all: »The more law-abiding the citizens are, the less police are required by the state.«





Silke Feuchtinger

Alles unter Kontrolle?

Wie entscheiden Staat und Gesellschaft, was psychisch »normal« ist? Wie spiegeln sich die Vorstellungen von Normalität in amtlichen Handlungsweisen wider? Die Historikerin Stefanie Coché hat anhand von mehr als 1400 Patientenakten die psychiatrische Einweisungspraxis im »Dritten Reich«, in der DDR und in der Bundesrepublik untersucht. Staatlicher Machtmissbrauch gestaltet sich dabei anders als man annehmen könnte.

Unter Zwang wird ein junger Mann in eine psychiatrische Klinik gebracht, entmündigt und durch Medikamente und Operationen willenlos gemacht. Fortan ist er einem quälerischen System aus Willkür, Demütigung und Freiheitsentzug ausgesetzt. Ein Entzinnen gibt es nicht – zu eng scheinen Gesellschaft, Staat und Medizin miteinander verwoben. Was in Filmen wie »Einer flog übers Kuckucksnest« mit Jack Nicholson von 1975 gezeigt wird, hat unser Bild von Psychiatrien maßgeblich geprägt. Gerade für die Zeit vor 1970 gehen viele auch für Deutschland von einem übergriffig und autoritär agierenden System aus, in dem Psychiatrie und Staatsmacht Hand in Hand arbeiten – nicht nur, aber vor allem auch bezogen auf den Unrechtsstaat des Nationalsozialismus.

Die Historikerin Dr. Stefanie Coché ist dieser Annahme anhand einer Untersuchung zur Einweisungspraxis in den drei deutschen Staaten zwischen 1941 und 1963 auf den Grund gegangen. Dabei hat sie mehr als 1400 Patientenakten in insgesamt sechs psychiatrischen Einrichtungen untersucht. »Aus Sicht einer Historikerin sind Psychiatrien vor allem deshalb interessant, weil sie uns etwas über die Vorstellungen von Normalität erzählen«, so Coché. »Verbunden mit einem Blick auf die Einweisungspraxis lassen sich so Rückschlüsse ziehen über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft.«

Einweisungen sind kein Top-Down-Prozess

Die verschiedenen Krankengeschichten hat Coché unter Aspekten wie Alter, Geschlecht, soziales Umfeld, Wohnort und Krankheitsverlauf genau unter die Lupe genommen. Auch persönliche Zeugnisse wie Briefe oder Tagebuchaufzeichnungen konnte sie hinzuziehen. In beinahe allen Fällen beobachtet die Wissenschaftlerin einen komplexen Aushandlungsprozess, der jeder Einweisung vorausgeht. »Psychiatrie wird schnell mit Zwang assoziiert«, erklärt sie. »Das ist allerdings nur ein kleiner Teil des Bildes. Der Weg bis zur tatsächlichen Einweisung war meistens vielschichtig – unabhängig davon, ob es sich um das

»Dritte Reich«, die DDR oder die Bundesrepublik Deutschland handelt.«

Familienangehörige, Freunde und Nachbarn, Ärzte, Polizisten, Lehrer und Juristen – sie alle konnten in das Vorgehen eingebunden sein – bei erzwungenen genauso wie bei Selbsteinweisungen. »Bei Zwangseinweisungen tritt die Rolle des Staates etwas deutlicher zu Tage. Doch auch diese geschahen äußerst selten ohne eingehende Vorgespräche«, erklärt Coché. Auch in den beiden untersuchten Diktaturen ist dies der Fall: »In den Fokus gerieten die Menschen bis auf wenige Ausnahmen nicht etwa aufgrund von staatlicher Eigeninitiative, sondern fast immer durch Meldungen aus ihrem direkten sozialen Umfeld.« Von einem Top-Down-Prozess kann daher keine Rede sein.

Frauen mit Geschlechtskrankheiten wurden zwangsinterniert

In diesen wechselseitigen Gesprächen sieht Coché die wesentliche Grundlage für die Entstehung von Normalitätsvorstellungen, selbst in derart repressiven Systemen wie dem des Nationalsozialismus: »Die Auffassungen auf beiden Seiten bedingten einander. Die Ideologie der NS-Diktatur sickerte ja nicht vollkommen passiv nach unten in die Basis der Bevölkerung. Die Zustimmung war da.« Staatliche Übergriffe und Machtmissbrauch im Zusammenhang mit Psychiatrien waren daher selten. Zur Zementierung des Unrechtsstaats hat das NS-Regime diese gar nicht erst benötigt: »Das System der Konzentrationslager ließ sich viel zielgerichteter zur »Beseitigung von Störfaktoren« nutzen«, so die Historikerin. »Hier war der Machtmissbrauch bekanntermaßen völlig grenzenlos.« Psychiatrieplätze hingegen wurden selbst zwischen 1941 und 1945 in fast allen Fällen direkt aus der Bevölkerung heraus angefragt – und das, obwohl das brutale Vorgehen innerhalb dieser Anstalten bis hin zur Ermordung psychisch Kranker durchaus bekannt war.

Eine wichtige Ausnahme bildet dabei eine bestimmte Gruppe von Bürgerinnen: »Frauen mit Geschlechtskrankheiten wur-

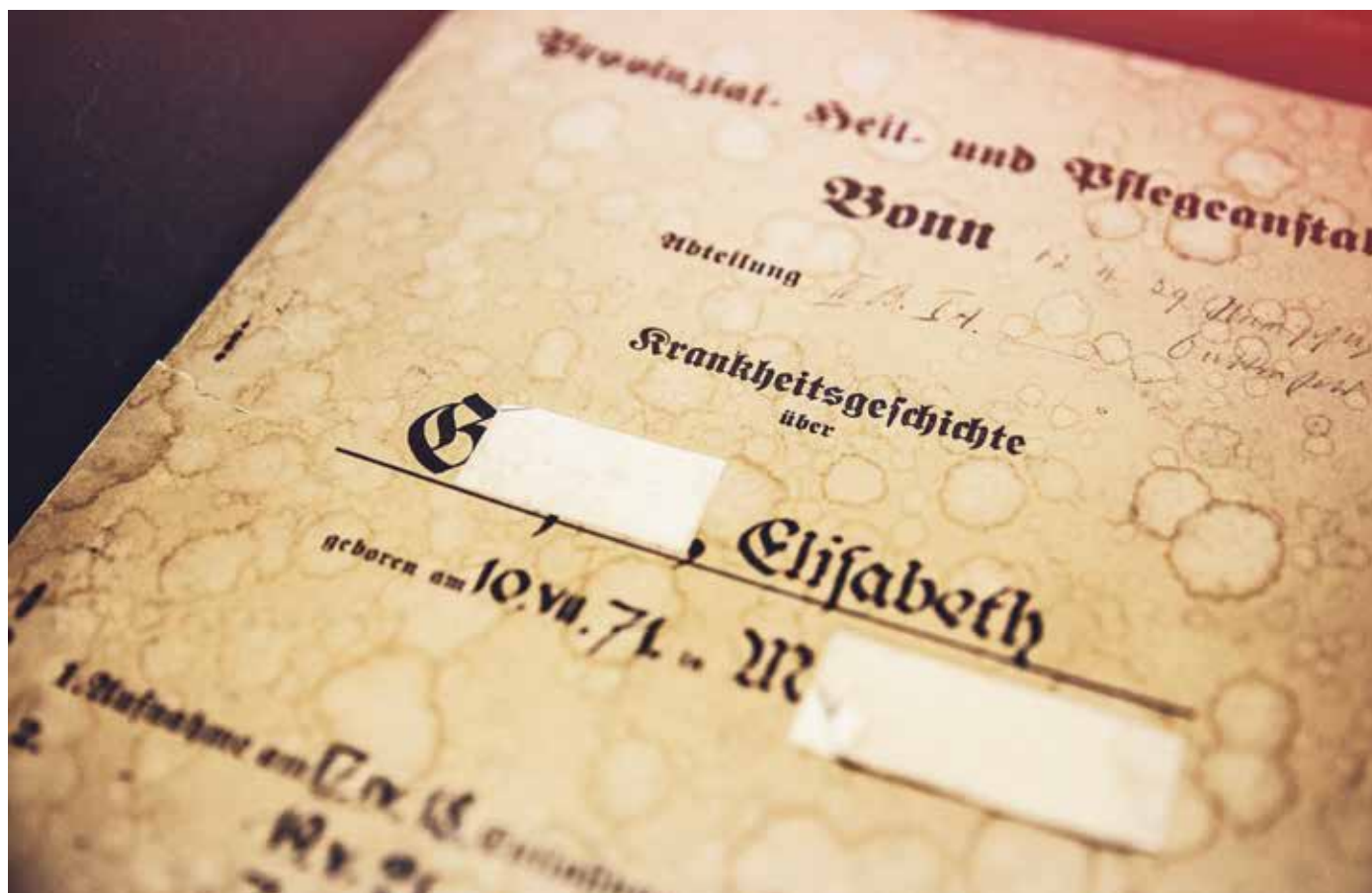
den von den Nationalsozialisten als enorme Gefahr für die Kriegskraft gesehen. Auch ohne vorangegangene Gespräche konnten sie polizeilich aufgegriffen und kurzerhand zwangsinterniert werden. Hier findet ein erheblicher Machtmissbrauch durch den Staat statt.« Geschlechtskranke Männer wurden übrigens nicht belangt – die Vorstellung von Schuld oder Unschuld bei der Verbreitung von sexuellen Krankheiten war im »Dritten Reich« eindeutig geschlechtsspezifisch motiviert.

Missbrauch durch Unterlassung

Staatlichen Missbrauch hatte Coché zu Beginn ihrer Forschungsarbeit auch in der DDR vermutet. Dass im sozialistischen Bruderstaat ähnliche Einweisungspraktiken wie zum Beispiel im Rumänien der 70er und 80er Jahren praktiziert wurden, schien naheliegend. Um Regimekritiker und Andersdenkende mundtot zu machen, ließ Machthaber Nicolae Ceausescu diese häufig in psychiatrischen Kliniken festhalten – unter katastrophalen hygienischen Bedingungen und ohne Chance auf ein faires Verfahren. Für die DDR konnte Coché allerdings kein einziges vergleichbares Beispiel ausfindig machen: »Nach meinen Erkenntnissen war die DDR an der Psychiatrie mehr oder weniger uninteressiert. Für das Regime war sie vor allem ein Kostenfaktor. Nachdem man sich von den Praktiken der NS-Zeit verabschiedet hatte, ergab sich ein regelrechtes Vakuum an Zuständigkeiten.« Einen Machtmissbrauch sieht Coché deshalb vor allem im Faktor Unterlassung: »Auch durch fehlende Regularien kann eine Form von Entrechtung entstehen. In der DDR führte das dazu, dass manche psychiatrischen Aufenthalte nie bewilligt wurden, andere hingegen niemals endeten«, führt die Wissenschaftlerin aus. Erst 1968 wurden die gesetzlichen Regelungen neu gefasst.

Einweisungen direkt nach dem Zweiten Weltkrieg spiegeln gesellschaftlichen Extremzustand

Während unter den Nationalsozialisten ein Überhang an weiblichen Patienten in den Psychiatrien auffällig ist, sind die Patiente-



nakten in der DDR und in der BRD sehr heterogen. »Besonders betroffene Personengruppen gibt es nicht. Ein zentrales Thema, das in beiden Staaten jedoch immer wieder auftaucht, ist das der Arbeitskraft. Sowohl seitens der Behörden als auch seitens des Patienten selbst wird es als zentrales Argument für einen psychiatrischen Aufenthalt genutzt.«

Die Einweisungen während der Besatzungszeit 1945 bis 1949 spiegeln einen gesellschaftlichen Extremzustand wider. Ob ehemalige KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene, Flüchtlinge oder Vertriebene – die verschiedenen Erfahrungen mit den Schrecken des Krieges wirken sich unmittelbar auf die Einweisungen in psychiatrische Anstalten und Kliniken aus: »Da es in jenen Jahren eine so hohe Nachfrage nach Psychiatrieplätzen gab, die medizinische Versorgung allgemein aber mit vergleichsweise wenigen personellen Ressourcen auskommen musste, sind die Vermerke in den Krankenakten in diesen Jahren nur knapp«, erklärt Coché.

Rückschlüsse auf die persönlichen Schicksale sind deshalb kaum möglich.

Nach Gründung der Bundesrepublik entstehen dann wieder ausführlichere Aufzeichnungen. Bis zu den Psychiatriereformen der 70er Jahre waren viele Maßnahmen allerdings noch nicht an neue Standards angepasst. »Zum Beispiel war in der BRD zwar ein richterlicher Beschluss bei Zwangseinweisungen per Gesetz unerlässlich. Tatsächlich wurde dieser jedoch oft erst im Nachhinein ausgestellt – wenn der Patient längst schon in eine Psychiatrie gebracht worden war.«

Greift Foucaults Blick zu kurz?

Die Gruppe der in den Kriegsjahren zwangsinternierten geschlechtskranken Frauen und den Sonderfall der Unterlassung in der DDR einmal ausgenommen, ist Coché in keinem der Fälle, die sie erforscht hat, auf einen eindeutig staatlich forcierten Zwangsaspekt gestoßen. Auch in den schriftlichen Zeugnissen der Patienten las-

sen sich keine entsprechenden Hinweise finden. Dennoch gibt es, wie Coché festgestellt hat, Unterschiede im Grad der Verbundenheit von Staat und Psychiatrie. So waren Anweisungen der staatlich geführten Gesundheitsämter in der NS-Zeit für die Anstalten bindend. In der DDR hingegen setzte man verstärkt auf ambulante Behandlungen – und gab so einen großen Teil der Verantwortung an die Patienten und ihr Umfeld ab. In der BRD schließlich gewann zum Schutze beider Seiten der richterliche Beschluss eine besondere Bedeutung.

Insgesamt aber, davon ist Coché überzeugt, ist der Einfluss des Staates bei psychiatrischen Einweisungen weitaus geringer als gemeinhin angenommen. Der durch den französischen Philosophen Michel Foucault geprägte Blick auf Macht und Gesellschaft, wonach Individuen durch Institutionen der Herrschenden kontrolliert, geformt und vorsätzlich in ihrer Freiheit beschnitten werden, scheint ihr deshalb zu kurz gegriffen: »Die Rolle des Patienten und seines sozia-

Everything under Control?

How do the state and society decide what is psychologically »normal«? How are ideas of normality reflected in official procedures? The historian Stefanie Coché has examined the practice of committing patients to psychiatric institutions in the »Third Reich,« in East Germany and in West Germany by looking at more than 1,400 medical records. She found out that states abused their power in ways different from what we might assume.

len Umfeldes ist entschieden größer als die des Staates«, betont Coché. »Auch wenn ich schon zu Beginn meiner Forschung vermutet habe, dass die Ergebnisse in diese Richtung gehen könnten: Dass die Akten ein derart differenziertes Bild zeichnen, hat mich selbst überrascht.« Ein bewusst etabliertes Kontrollsystem an der Schnittstelle von Staat und Gesundheitswesen kann die Historikerin jedenfalls in keinem der drei Systeme erkennen. »Normalität« – das wird deutlich – lässt sich nicht allein von oben steuern.

Under duress, a young man is taken to a psychiatric ward. He is incapacitated and ultimately his will is broken by medications and operations. From then on, he is submitted to a tortuous system of arbitrariness, humiliation and imprisonment. There is no escape – society, the state and medicine are too closely entwined. Films such as *One Flew Over the Cuckoo's Nest* with Jack Nicholson from 1975 have significantly shaped the picture we have of psychiatry. Especially for the period before 1970 in Germany, many people project the image of an invasive and authoritarian system in which psychiatry and state power worked hand in hand – not only, but also related to the unjust regime of National Socialism. The historian Dr. Stefanie Coché has examined this assumption by investigating the commitment practices of the three German states between 1941 and 1963. She looked at over 1,400 medical records in a total of six psychiatric institutions. »From the perspective of a historian, psychiatry is particularly interesting because it tells us

something about the concept of what is considered to be »normal,« says Coché. »Analyzing the commitment practices allows us to draw conclusions about the relationship between the state and society.«

Commitment is not a top-down process

Coché investigated the various medical histories by taking aspects such as age, gender, social environment, place of residence and course of disease into account. She also studied personal documents such as letters and diaries. In almost all cases, the historian was able to observe a complex negotiation process that preceded each commitment. »Psychiatry is quickly associated with coercion,« she explains. »That, however, is only a small part of the picture. The actual commitment process was usually more complex – regardless of whether it was in the »Third Reich«, the former German Democratic Republic or the old Federal Republic of Germany.«



Family members, friends and neighbors, doctors, police, teachers and jurists – they could all be involved in the process – in cases of both involuntary and voluntary commitment. »In cases of involuntary commitment, the state played a considerably more important role. However, this also very rarely occurred without extensive preliminary discussions,« explains Coché. This is also the case for the two examined dictatorships: »In most cases, with only few exceptions, people were not committed at the initiative of the state, but at the initiative of persons from their social environment.« Hence it would be incorrect to assume a top-down process.

Women with sexually transmitted diseases were forcibly committed

In these interactions among various actors, Coché sees the foundations for the emergence of notions of normality – even in a system as repressive as National Socialism: »The views on both sides de-

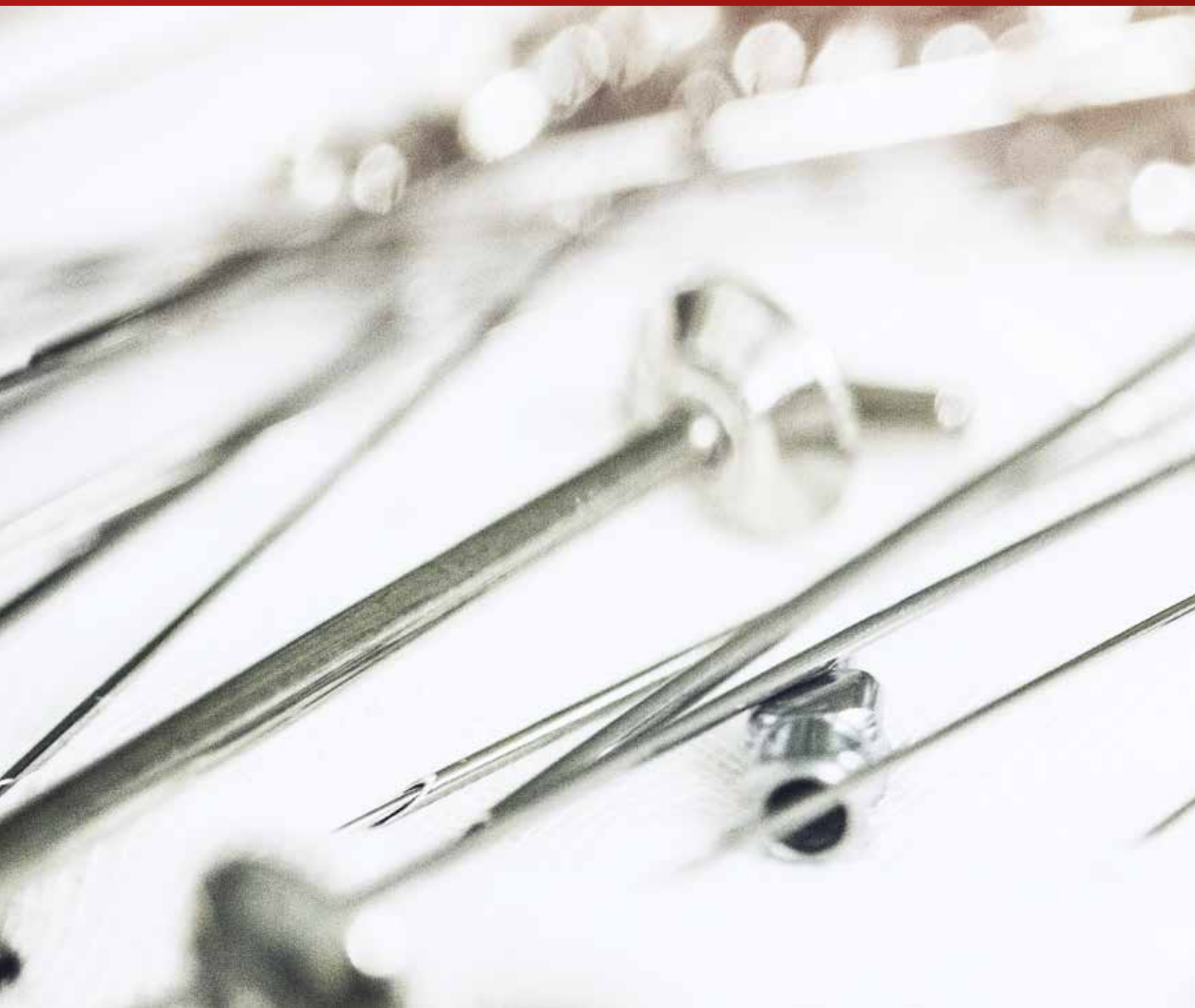
termined one another. The ideology of the NS regime did not simply seep down into the population. Many people agreed with it from the beginning.« Using psychiatry for the purpose of state encroachment and abuse of power were thus rare. Moreover, this was not even necessary for the National Socialist regime to cement its unjust system: »The concentration camps could be used more effectively to ›deal with disruptive factors‹,« says Coché. »As we know, the abuse of power was limitless there.« In contrast, between 1941 and 1945, in almost all cases commitment to psychiatric wards came at the request of citizens – despite the fact that the brutal practices of these institutions, which included the murder of the mentally ill, were well known.

An important exception is a specific group of citizens: »The National Socialists saw women with sexually transmitted diseases as a huge threat to the military might of the Reich. Even without preceding discus-

sions, they could be arrested and forcibly detained. In these cases, extensive abuse was committed by the state.« Men with STDs were not prosecuted – the concept of guilt and innocence with regard to the spread of venereal diseases was clearly gender-specifically motivated in the »Third Reich.«

Abuse by neglect

At the beginning of her research, Coché also suspected state abuse in East Germany. It seemed obvious that in the socialist country, similar commitment practices such as those perpetrated in Romania in the 1970s and 80s would be prevalent. To muzzle regime critics and suppress dissidents, the Romanian ruler Nicolae Ceausescu often committed them to psychiatric clinics – under catastrophic hygienic conditions and without the chance of a fair trial. For the German Democratic Republic, Coché was unable to find one single comparable example: »The East



German leaders were not really interested in psychiatry. For the regime, it was above all a cost factor. After it had moved away from the practices of National Socialism, a veritable vacuum of responsibilities ensued. Coché therefore sees an abuse of power in the state's neglect. »A lack of regulation can also lead to a deprivation of rights. In East Germany, this meant that some patients who needed treatment were never admitted to psychiatric hospitals, while others were never released,«

she remarks. Legal regulations did not come into place until 1968.

In the post-war era commitment practices reflect a society in turmoil

While during National Socialism the high number of female patients in psychiatric hospitals was striking, the medical records from East and West Germany are quite heterogeneous. »No particular group was affected more strongly than others. One

topic that repeatedly comes up in both states in the context of psychiatry is productivity. Both the authorities and the patients themselves referred to their ability to work as a reason necessitating treatment in a psychiatric ward.« Commitment during the occupation period from 1945 until 1949 reflects a society in turmoil. Whether it was former concentration camp prisoners, prisoners of war, refugees or displaced persons – people's experiences with the horrors of war affected commitment to



psychiatric institutions and clinics: »During this period, there was a high demand for places in psychiatric wards, but medical care in general had to manage with a lack of personnel. As a result, entries in the medical records of those years are scarce,« explains Coché. This makes it almost impossible to draw conclusions about the fate of individual patients.

More detailed records only appear again after the founding of the Federal Republic

of Germany. Until the psychiatric reforms of the 1970s, many measures were, however, not yet adapted to new standards. »For example, in West Germany involuntary commitment was only possible by court order. In reality, this was often not issued until after the event – when the patient had already been committed.«

Did Foucault miss the mark?

Aside from women with sexually transmit-

ted diseases who were forcibly committed during the war and the situation of neglect in the German Democratic Republic, Coché did not find evidence of state coercion in any of the cases she examined. The written documents of patients also do not indicate forced commitment. There are, however, differences in the extent to which the state and psychiatry worked together. The orders of the state-run health authorities in the period of National Socialism, for example, were binding. East

Germany, in contrast, preferred outpatient care, thereby passing on much of the responsibility to the patients themselves and their immediate surroundings. In West Germany, judicial rulings gained in importance – to protect both sides.

Overall, however, Coché is convinced that the influence of the state on psychiatric commitment is much smaller than has been assumed until now. The view of state and society shaped by Michel Foucault, according to which individuals are controlled by those in power through institutions, are formed and deliberately curtailed in their freedom, seems to fall short: »The role of the patient and his or her social surroundings is decisively more significant than that of the state,« Coché emphasizes. »Even if I suspected at the beginning of my research that the results could go in this direction, that the medical records would project such a differentiated picture surprised even me.« The historian could not discern a deliberate control system established by the state and its health care system in any of the three systems she examined. This shows that »normality« cannot be dictated from above.









Sebastian Grote

»Es ist gut, viele Daten zu haben«

Immer mehr Menschen zeichnen ihre körperlichen Aktivitäten auf – tagsüber die gelaufenen Schritte und nachts den Schlafrhythmus. Wer hat am Ende die Kontrolle darüber: der Staat, Krankenkassen, Google oder doch wir selbst? Die Kölner Medizinethikerin Christiane Woopen spricht im Interview über Big Data im Gesundheitswesen.

In dem Roman *Corpus Delicti* skizziert die Schriftstellerin Juli Zeh den Staat als Gesundheitsdiktatur, deren Bürgerinnen und Bürger regelmäßig Berichte über ihre Gesundheit und sportlichen Leistungen einreichen. Sind wir noch sehr weit davon entfernt?

Ich kann mir kaum vorstellen, dass so ein Szenario unmittelbar bevorsteht. Trotzdem ist es gut, rechtzeitig zu überlegen, welche gesellschaftlichen Folgen sich bei bestimmten Entwicklungen ergeben können. Wir sollten dann lieber früher als später eingreifen. Immerhin sind wir, was die Möglichkeiten betrifft, auf dem Weg dorthin. Und wenn Sie schon Juli Zeh zitieren: »Totalitäre Strukturen kleiden sich heute in das Gewand von Serviceangeboten«, sagt sie.

Zum Beispiel Angebote von Krankenkassen, die ihren Versicherten Bonuszahlungen bieten, wenn diese per App ihre sportlichen Aktivitäten aufzeichnen. Ist damit eine rote Linie überschritten?

Zunächst einmal geht es dabei ja um Belohnungen und nicht um Nachteile oder Repressionen. Die Akzeptanz für die Datenweitergabe ist zudem noch lange nicht so groß, dass sich so ein Programm flächendeckend in der Bevölkerung verankern könnte. Es gibt immer noch viele Menschen, die solchen Angeboten sehr kritisch gegenüberstehen und auf die Hoheit über ihre Daten achten. Trotzdem: Die Vorteile für die einen werden auf lange Sicht Nachteile für die anderen sein.

Wer wären dann die Verlierer?

Das sind zum einen alle, die vorgegebene Gesundheitsstandards gar nicht erfüllen können, weil es etwa eine Krankheit oder die persönliche Lebenssituation nicht zulässt. Die zweite Gruppe bilden diejenigen, die die Standards nicht erfüllen wollen, weil sie andere Vorstellungen davon haben, was Gesundheit ausmacht. Und dann gibt es noch diejenigen, die vielleicht sogar an den Sinn der vorgegebenen Standards glauben und sie auch erfüllen könnten, die aber ihre Daten nicht teilen wollen. Das sind drei Konstellationen, die in einem Solidarsystem

nicht zum Nachteil für Versicherte führen dürfen.

Viele Menschen brauchen gar keine finanziellen Anreize, um mit Fitnessbändern und Smartwatches ihre gelaufenen Schritte, den Schlafrhythmus oder Blutdruck zu messen. Was sind die Motive für das sogenannte Selftracking?

Ich glaube, dass es viele Menschen gibt, die eine große Vergewisserung daraus beziehen, wenn sie etwas in Zahlen, Kurven oder Grafiken sehen; die gerne über Tage und Wochen hinweg einen Verlauf beobachten; die gerne etwas dokumentieren und mit anderen teilen. Es ist eine Typfrage, ob man sich lieber auf seine eigenen Sinne verlässt, oder ob man eine Quantifizierung bevorzugt. Dagegen ist ja auch überhaupt nichts einzuwenden.

Und wie sieht es auf der anderen Seite mit den Gefahren aus?

Gefährlich wird es, wenn die Daten benutzt werden, um die Umgebung von Menschen so zu gestalten, dass sie letztlich kaum mehr freie individuelle Entscheidungen treffen können. Mit dem Internet der Dinge bewegen wir uns genau in diese Richtung. Natürlich geben die Hersteller vor, dass die Geräte auf das Personenprofil reagieren und dadurch alles bequemer wird. Es kann die Lebensqualität aber auf lange Sicht auch einschränken. Außerdem ist klar, dass fast alle sogenannten Wearables die Datenschutzanforderungen nicht ausreichend erfüllen. Daten bleiben nicht auf dem Gerät, sondern gehen in die Cloud und werden miteinander verbunden. Es ist eine massive Werbe-Maschinerie, die da im Hintergrund arbeitet. Insofern sollten wir genau darauf achten, dass wir unsere Lebensführung selbst bestimmen. Sonst werden wir zu Marionetten der Werbeindustrie.

Wie verändert die Flut an Vitaldaten unsere Weltanschauung? Ist der Mensch am Ende nur noch die Summe seiner Daten?

Wir sind faktisch viel mehr als die Summe unserer Daten. Es kann uns aber in unserer



Wahrnehmung und Interaktion durchaus passieren, dass wir nur noch das Zählbare für relevant und wichtig halten. Das wäre eine bedauerliche Verarmung.

Selftracking ist dabei nur ein Teil des Ganzen. Google etwa investiert zunehmend in Unternehmen der Medizintechnologie, die sich auf die Zusammenführung von Patientendaten konzentrieren. Was bedeutet das für die Zukunft des Gesundheitswesens?



Von den Daten profitiert zunächst einmal die Wirtschaft. Die Entwicklung der großen IT-Konzerne zeigt, dass sie immer weiter in die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche vordringen, mit denen man vorher nur Gesundheitsunternehmen und Krankenkassen in Verbindung gebracht hat. Wenn man sich etwa einen Überblick über die Struktur des Google-Mutterkonzerns Alphabet verschafft, sieht man, dass wenige Unternehmen eine ganz enorme Machtposition im Gesundheitsbereich haben. Ich sehe auf der anderen Seite aber

auch erhebliche Vorteile von Big Data im Gesundheitswesen. Die werden aber in Deutschland zu wenig genutzt, weil wir nicht innovativ und mutig genug in den Digitalisierungsprozess hineingehen.

Wo sehen Sie noch mehr Potenzial?

Ich sehe gerade in der personalisierten Medizin erhebliche Fortschrittmöglichkeiten. Wenn man beispielsweise Daten von verschiedenen Ärzten und Versorgungsstrukturen miteinander vernetzen würde, müsste man diese nicht mehrfach erheben.

Ebenfalls sinnvoll ist die Vernetzung von Patientendaten mit der wissenschaftlichen Literatur. So lässt sich etwa schneller das richtige Medikament in der richtigen Dosierung finden. Darüber hinaus können anhand unterschiedlicher Datenarten Profile erstellt werden, mit deren Hilfe sich das Risiko für bestimmte Erkrankungen berechnen lässt. Darauf kann man dann versuchen, mit präventiven Maßnahmen zu reagieren. Solange alles unter Wahrung der Privatheit und Selbstbestimmung läuft, würde das großartige Vorteile bringen.



Woran scheitern solche Möglichkeiten heute noch?

Zum einen brauchen wir deutlich mehr IT-Kompetenz. Wir brauchen aber auch eine höhere Qualität für die Systeme. Die Algorithmen heutiger Gesundheits-Apps sind größtenteils noch nicht so genau, dass sie medizinischen Standards entsprechen. Eine 80-prozentige Genauigkeit beispielsweise würde bei ganz vielen medizinischen Anwendungen nicht ausreichen. Dadurch könnte es zu gefährlichen Handlungsempfehlungen kommen. Zum Beispiel sind Apps, die Hautveränderungen diagnostizieren sollen, heute noch viel zu ungenau.

Wie erforschen Sie bei ceres den digitalen Wandel im Gesundheitswesen?

Wenn wir über digitale Transformation sprechen, kommen wir nur dann weiter, wenn wir einzelne Anwendungsbereiche in den Blick nehmen. Deswegen haben wir auf einer Tagung Anfang des Jahres vier Bereiche in den Fokus gestellt: Arbeit, Gesundheit, Konsum und Beziehungen. In einer Studie haben wir ein Konzept digitaler Selbstbestimmung erarbeitet. Auf dieser Grundlage haben wir in einer empirischen Erhebung über tausend Menschen zu ihren Vorstellungen zur digitalen Selbstbestimmung befragt. Dabei haben wir ein paar sehr interessante Dinge herausgefunden, auf deren Grundlage wir weitere Forschung durchführen möchten.

Ist die Politik auf diesen Paradigmenwechsel vorbereitet?

Bei der enormen Geschwindigkeit der Entwicklung ist es schwierig, einen politischen Rahmen zu gestalten, der im besten Fall sogar global verbindlich ist. Die Politik steht vor der Herausforderung, dass sie diese Entwicklungen zum einen regulieren muss, weil hochrangige Güter wie Selbstbestimmung, Privatheit und Gerechtigkeit auf dem Spiel stehen, gleichzeitig aber auch einen fördernden Rahmen schaffen soll. Die EU-Datenschutz-Grundverordnung zum Beispiel folgt einem überholten Paradigma – nämlich dem Grundsatz der Datensparsamkeit. Das ist aber angesichts unserer technologischen Möglichkeiten nicht immer der richtige Weg. Mir leuchtet

auch nicht ein, warum das so vorrangig sein soll – es ist gut, viele Daten zu haben. Wir fordern doch seit Jahrhunderten aus ethischer Perspektive, dass man den Menschen ganzheitlich in den Blick nehmen soll. Aber dann muss man auch die unterschiedlichen Daten zusammenführen dürfen.

Wir brauchen Ihrer Meinung nach also keine stärkere Regulierung?

Regulierung heißt ja nicht nur verbieten oder einengen. Die EU sollte stärker den gesamten Prozess in den Blick nehmen, also neben der Datengewinnung auch deren Verarbeitung und Nutzung. Viel wichtiger als eine möglichst geringe Gewinnung von Daten ist es meiner Meinung nach zum Beispiel, den Missbrauch oder Diebstahl von Daten massiv unter Strafe zu stellen.

Wenn Sie einen Blick in die Zukunft wagen: Sehen Sie die Rolle von Big Data im Gesundheitswesen optimistisch oder pessimistisch?

Ich bin davon überzeugt, dass Menschen ein tief verankertes Bedürfnis haben, frei zu sein und ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Selbst wenn man eine gewisse Zeit lang in die Bequemlichkeitsschiene hineinrutscht oder sich einmal von der Werbung über den Tisch ziehen lässt, wird es immer auch Menschen geben, die vieles hinterfragen und gegenreagieren. Solange wir alles dafür tun, unsere demokratische Ordnung aufrecht zu erhalten, bin ich optimistisch.

Prof. Dr. Christiane Woopen ist geschäftsführende Direktorin von ceres, dem Cologne Center for Ethics, Rights, Economics, and Social Sciences of Health. Sie hat die Professur für Ethik und Theorie der Medizin inne, leitet die Forschungsstelle Ethik und ist Prodekanin für Akademische Entwicklung und Gender der Medizinischen Fakultät. Christiane Woopen ist Vorsitzende des Deutschen Ethikrates und Präsidentin des 11. Global Summit der Nationalen Ethik/Bioethik-Komitees.

ceres bietet ein einzigartiges Forum für den interdisziplinären und internationalen Austausch rund um gesellschaftlich relevante Fragen im Bereich der Gesundheit. Aktuelle Themenschwerpunkte von ceres sind Altern und demographischer Wandel, die digitale Transformation der Gesellschaft und Gesundheitskompetenz in komplexen Umwelten. Durch gesellschaftliche und politische Information und Beratung gestaltet ceres die öffentliche Diskussion mit und entwickelt jenseits disziplinärer Grenzen Strategien zur gerechten und guten Gestaltung unserer Zukunft.

»It Is Good to Have a Lot of Data«

Increasing numbers of people are recording their physical activities – the number of steps they walk during the day and their sleep rhythms at night. Who ultimately controls this data – the state, health insurance companies, Google or the users of self-tracking devices? In this interview, Christiane Woopen, a distinguished expert in medical ethics, speaks about big data in the health sector.

In the novel *Corpus Delicti*, the writer Juli Zeh draws the gloomy picture of a state-imposed health dictatorship in which citizens regularly have to write reports on their health and the exercise they do. How far away from that are we today?

I do not think that this sort of scenario is imminent. Still, it is good to consider the possible future consequences of certain developments. It is better to intervene too early than too late. As far as the possibilities are concerned, it is certainly where we are heading. Juli Zeh once said, »Today, totalitarian structures appear in the guise of service offers.«

For example health insurance providers who offer their customers a bonus if they use exercise apps? Are we crossing a red line here?

First and foremost, these sorts of programs are about rewards, not disadvantages or repression. And people do not yet concede sharing their data to such a degree that such a program could become widely accepted in society. There are still many people who are decidedly critical of these sorts of offers and want to maintain control over their personal data. Still, in the long run, the benefits for some will be disadvantages for others.

Who would be the losers?

For one thing, all those who cannot fulfill the prescribed health standards due to an illness or their life circumstances. The second group would be those who do not wish to fulfill the standards because they have a different notion of what constitutes health. Last but not least, there are those who might even believe in the prescribed standards and would be able to fulfill them, but are reluctant to share their data. These are three constellations that should not lead to disadvantages for some people in a health insurance system that is based on solidarity.

Many people do not even need financial incentives to measure the number of steps they walk every day, their sleep rhythm or their blood pressure with smart watches or other fitness trackers. What are people's motives for this sort of self-tracking?

I think that many people simply feel reassured when they see something measured in numbers, charts or graphs. Some people like to trace developments over the course of days or weeks, to document things and share them with others. It is a question of personality – some prefer to rely on their own perceptions, oth-

ers prefer quantification. There is nothing wrong with that.

What are the dangers of these sorts of developments?

If data is used to enforce an environment in which it is difficult or impossible to make individual choices, we should definitely raise red flags. With the Internet of Things, that is where we are heading. Of course the companies tell us that the devices they produce react to personal profiles, which makes everything more convenient. But the long-term effects on a person's quality of life can be negative. We also know that almost all so called wearables do not sufficiently fulfill data protection standards. The data does not stay on the device, it goes into a cloud and is collated with other data. A massive advertising machinery is active in the background. So we should be very careful about relinquishing control over the way we live our lives. Otherwise, we will become the puppets of the advertising industry.

How does the flood of vital data change our world view? Are human beings turning into the sum of their data?

In fact, we are much more than the sum of our data. But in our perception and inter-



actions perhaps we sometimes only regard as important what can be measured and quantified. It would be a pity if that were all that counts in the future.

Self-tracking is only one aspect.

Google, for example, is increasingly investing in the medical technology sector, particularly in companies that collate patient data. What does that imply for the future of our health system?

First and foremost, it is the industry that profits from these data. In the past, we have seen that IT companies are increasingly penetrating different areas in which previously only health companies or health-insurance providers were active. If we take a closer look at Google's parent company Alphabet, we will see that just a handful of companies have an incredibly powerful position in the health sector. On the other hand, I also see the advantages of big data in the health sector. But we are not making the best of these advantages in Germany because we are not pursuing the digitization process with enough courage and innovation.

Where do you see a greater potential for development?

I see great potential in the area of personalized medicine. For example, if we brought together the data of different doctors and other healthcare providers, we could avoid collecting them multiple times. Connecting patient data with scientific literature would also help. It would allow us to find the right medication in the right dosage more quickly. And we could compile profiles from different kinds of data that would allow us to better predict a person's risk factor for certain illnesses. That would allow us to take preventive measures. As long as this does not infringe on the patient's privacy and self-determination, it would give us considerable advantages.

Why are we not using these possibilities?

For one thing, we need to considerably raise our IT competence. But we also need higher-quality systems. Most algorithms of

today's health apps are too imprecise to meet medical standards. Eighty-percent precision, for example, does not suffice for many medical applications. It could lead to dangerous treatment recommendations. Apps designed to diagnose skin alterations, for example, are still much too imprecise.

How are you researching digital change at ceres?

When we speak about digital transformation, we can only focus on specific areas of application. At a conference we hosted at the beginning of this year, we focused on four such areas: work, health, consumption and relationships. In a study, we developed a concept for digital self-determination. On the basis of this concept, we surveyed over a thousand individuals on their notions of digital self-determination. We found out some very interesting things on the basis of which we would like to conduct further research.

Is our government prepared for this paradigm change?

Due to the immense speed of these developments, it is difficult to create a political framework which, in the best-case scenario, would even allow us to define global standards. Governments are faced with the challenge of having to regulate these developments because fundamental values such as self-determination, privacy and justice are at stake. At the same time, it has to promote these very developments. The EU Data Protection Directive, for example, adheres to an outdated paradigm – the principle of data minimization. In light of our technological possibilities, this is not always the most practicable solution. I also do not see why it should be the preferred solution. It is good to have a lot of data. For hundreds of years, people have argued – from an ethical standpoint – that we must apply a holistic perspective to human beings. But to do so, we need to be able to collate their data.

So you do not think that we need more regulation?

Regulation does not always have to mean

prohibiting or constraining something. The EU would do good to take the entire process into consideration. Besides generating data, it also includes the processing and use of that data. I believe that severely penalizing the misuse and theft of data is much more important than minimizing the generation of data.

Are you more optimistic or more pessimistic about the future role of big data in the health sector?

I am convinced that people have a deeply rooted desire to be free and to have control over their own lives. Even if we become lax with our data for a while out of convenience, or fall for some advertising strategy, at some point we will become critical, start asking questions and react accordingly. As long as we do whatever is in our power to uphold our democratic order, I am optimistic.

Professor Christiane Woopen is Executive Director of ceres, the Cologne Center for Ethics, Rights, Economics, and Social Sciences of Health. She holds the Professorship for Ethics and Theory of Medicine and is Vice Dean for Academic Development and Gender at the Faculty of Medicine.

She is Chair of the German Ethics Council and Head of the Steering Committee of the 11th Global Summit of National Ethics/Bioethics Committees.

ceres offers a unique forum for interdisciplinary and international exchange on socially relevant issues in the area of health.

The current emphasis of ceres's work includes aging and demographic change, the digital transformation of society as well as health literacy in complex environments. By providing social and political information and guidance, ceres actively contributes to public debates and aims at developing interdisciplinary strategies for a fair and sustainable future.







Robert Hahn

Wenn der Staat versagt

Libyen, Irak und Syrien; Sudan, Somalia oder die Zentralafrikanische Republik – die Liste der sogenannten Failed States, versagender Staaten, ist lang und wird immer länger. Seit gut zwanzig Jahren scheinen immer mehr ehemals stabile Staaten zu implodieren. Bürgerkrieg, internationaler Terrorismus und Flüchtlingsströme sind die Folgen. Weshalb zerfallen Staaten? Und gibt es einen Ausweg? Professor Dr. Thomas Jäger vom Institut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen ist Experte für internationale Beziehungen. Seine Antworten rücken die Sicht des Westens auf staatliches Gelingen in einen neuen Kontext.

Was einem mitteleuropäischen Betrachter wie eine apokalyptische Version der Endzeit anmutet, ist für viele Menschen auf dem Globus bittere Wirklichkeit: Bürgerkrieg, Hunger, Seuchen, Korruption. Ob Somalia oder Syrien, Libyen oder der Irak, seit nunmehr gut zwanzig Jahren scheint sich das Phänomen des Failed State auf der Welt-

bühne zu etablieren. Flüchtlingsströme und Terrorismus resultieren daraus, die im Zeitalter der Globalisierung selbst die Staaten des stabilen Europa in Mitleidenschaft ziehen. Militärische Interventionen und politische Beschlüsse von Regional- und Weltmächten sollen dem blutigen Treiben ein Ende bereiten. Doch sie erreichen nichts, weil sich lo-

kale Eliten bereits als Nutznießer des Chaos etabliert haben.

Erfüllt der Staat alle seine Funktionen?

Was ist das: ein Failed State? Was macht einen Staat schwach? Wie kommt man aus dieser Situation wieder heraus? Professor



Dr. Thomas Jäger vom Institut für Politikwissenschaft forscht im Bereich der internationalen Beziehungen und der Sicherheitspolitik. Als Herausgeber der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik steht er mitten in der Diskussion über aktuelle sicherheitspolitische Themen. Mit vielfältigen Buchveröffentlichungen hat er sich zu Fra-

gen des Terrorismus und der Sicherheit geäußert. Für den Politikwissenschaftler sind schwache oder gescheiterte Staaten zuerst einmal ein Problem des eigenen Staatsverständnisses: »Es ist ein westliches Verständnis, dass ein Staat das legitime Gewaltmonopol hat und für seine Bevölkerung gewisse zentrale Funktionen wie das Gesundheitssystem, Sozialsystem oder die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu gewährleisten hat. Wenn das eingestellt wird, dann spricht man von einem schwachen Staat«, erklärt er. Von diesen schwachen Staaten, die einige Funktionen nicht mehr erfüllen, bis zu Staaten, die das Gewaltmonopol nicht mehr durchsetzen können und kollabieren, gibt es die verschiedensten Ausprägungen. Grundsätzlich unterscheidet die Politikwissenschaft dabei zwischen internationalen und innenpolitischen Ursachen.

Globalisierung beschleunigt wirtschaftlichen Verfall

Ein wichtiger Grund für das Versagen von Staaten ist ihre wirtschaftliche Organisation – international und national. Seit dem Kolonialismus bis zur heutigen Wirtschaftsordnung bestehen asymmetrische Ausbeutungsverhältnisse zwischen den hochentwickelten Ländern auf der

einen Seite und den Entwicklungsstaaten, die ihnen als Rohstofflieferanten dienen, auf der anderen Seite. Einer Reihe von Staaten – vor allem im Süden des Globus – gelingt es dadurch nicht, Ökonomien auszubilden, die sich selber tragen können. Genauso gibt es innenpolitische Gründe, bei denen die Arbeit der Regierungen im Vordergrund steht: Korruption, inkompetente Bürokratie. Dadurch fehlt es diesen Staaten auch an Legitimität bei ihrer Bevölkerung.

Früher waren diese Staaten in sich geschlossen fragil, höchstens die direkten Nachbarn wurden durch interne Konflikte beeinflusst. Heutzutage sind sie an den Weltmarkt angeschlossen. »Selbst aus para-staatlichen Gebieten wie Syrien wird Erdöl exportiert«, so Jäger. »Es existiert ein ständiger Warenaustausch und damit auch die Möglichkeit der Bürgerkriegsparteien, sich ständig neu zu bewaffnen, neue Rekruten zu mobilisieren, neue Leistungen zu bieten und anderes mehr.«

Geschlossene Bürgerkriegsökonomien werden zu offenen Bürgerkriegsökonomien. »In dem Moment, wo es Bodenschätze gibt, die man gut abbauen, transportieren und verkaufen kann, ist so eine Situation auf Dauer gestellt. In Afghanistan ist es der Mohn, im Nahen Osten Öl.«

Ende des Ost-West-Konflikts

Wichtig ist auch die Frage, welche Interessen Großmächte an gewissen geopolitischen Räumen haben. Insbesondere im Ost-West-Konflikt gab es selbst an abgelegenen Regionen Interesse und eine Reihe von Staaten blieb dadurch lebensfähig, dass ihre Verbündeten – die Vereinigten Staaten oder die Sowjetunion – sie unterstützten. Mit dem Ende des Konfliktes wurden diese Regionen dann zum geopolitischen Niemandsland.

Thomas Jäger sieht hier zwei parallele Prozesse wirken, die mit dem Ende des Ost-West-Konflikts zu tun haben: »Es sind einmal eine Reihe von lokalen Konflikten eingefroren gewesen, die wieder aufgetaut worden sind. Somalia, Äthiopien, die Grün-





dung Eritreas zum Beispiel. Zum anderen haben manche Regierungen schlicht ihre Schutzmacht verloren. Das hat dazu geführt, dass die Staatsschwäche, die vorher schon da war, mit einem Mal offensichtlich wurde.« Zu Zeiten des Ost-West-Konflikts konnte niemand die Legitimität dieser Regierungen erfolgreich anzweifeln, denn im Fall einer Revolte hätte die amerikanische oder sowjetische Armee interveniert. »Hinzu kommt, dass mit der Einstellung der Hilfszahlungen die Konkurrenz um das verbliebene Geld unter den lokalen Eliten zunimmt und staatliche Institutionen leer ausgehen.«

Was tun?

Die Politikwissenschaften beschäftigen sich nun seit gut zwanzig Jahren mit der Frage, wie man dem Verfall von Staaten entgegenwirken kann. Kann sie Antworten geben? »Eigentlich ist die Antwort: Man weiß es nicht«, gibt Professor Jäger zu. Im Modell ist das State-Building, der Wiederaufbau des Staates, denkbar: Man baut eine funktionale Bürokratie auf, die ihre Aufgaben erfüllt und für Akzeptanz des Staates in der Bevölkerung und unter den Eliten sorgt. Doch das ist bisher immer an den lokalen Eliten gescheitert, die Teile des Staatsgebietes beherrschen. »Die regierenden Eliten haben nicht automatisch die Absicht, wieder Staat zu werden, weil das für viele von ihnen die Einkommen aus diesen unklaren Verhältnissen vermindern würde. In diesen fragilen Staaten werden auch große Profite gemacht«, so Jäger. Doch wie kann man die lokalen Eliten zur Kooperation bringen? Hilft es, Geld gegen Kooperation zu bieten? Auch das sieht der Politikwissenschaftler kritisch: »Mehr Geld

für mehr Kooperation ist bei korrupten Verhältnissen der falsche Anreiz. Da versickern die Gelder nur im Korruptionssumpf.«

Die großen Projekte der letzten Jahre im Irak und in Libyen haben gezeigt, dass dieser Ansatz nicht funktioniert. Das State-Building-Projekt läuft dort bereits über zehn Jahre, hat enorme Ressourcen verschlungen und steht vor dem Scheitern.

Blick in eine unsichere Zukunft

Sind Staaten mit Gewaltmonopol also nicht das Maß aller Dinge? »Wir gehen davon aus, dass ein Staat eine Regierung mit Gewaltmonopol haben muss. Der empirische Befund ist allerdings, dass es mehrere Staaten gibt, in denen es legitime Gewalt-Oligopole gibt.« Nicht nur für die Staaten selber sondern auch für ihre Nachbarn bleiben die Probleme, denn Flüchtlingsströme und Terrorismus ziehen auch sie in Mitleidenschaft.

»Migration aus Räumen fragiler Staatlichkeit wird zunehmen. Früher war das schwer zu organisieren. Heute geht es über Facebook-Gruppen und Twitter«, ist sich Jäger sicher. Einen positiven Ausblick kann der Wissenschaftler nicht bieten. Stattdessen wendet er den Blick auf eine weitere Krisenregion: »Wenn man das mit der Perspektive verbindet, wie ungesichert und schwach viele Staaten in Afrika sind und die demographische Entwicklung in Afrika jetzt schon prognostizierbar ist, wo wir nicht mehr über Millionen sondern über Milliarden von Menschen sprechen, dann ist das die größte Herausforderung, die Europa jetzt vor sich sieht und für die es eine Antwort finden muss, die genau dahin führt, wo wir jetzt stehen: Wie bildet man stabile, staatlich organisierte Gesellschaften?«

When the State Fails

Libya, Iraq and Syria. Sudan, Somalia or the Central African Republic – the list of so called failed states, states that are no longer able to fulfill their basic functions, is long and keeps getting longer. In the past twenty years, more and more states that were once stable appear to be imploding. Civil war, international terrorism and streams of refugees are the consequences. Why do states fall apart? And is there a way out? Professor Thomas Jäger from the Department of Political Science is an expert in international relations. His answers shed new light on western perceptions of successful statehood.

What appears to be an apocalyptic vision of doomsday is the bitter reality of many people's lives around the world: civil war, hunger, epidemics, corruption. Whether in Somalia or Syria, Libya or Iraq – for approximately twenty years, the phenomenon of failed states has been on the rise. Streams of refugees and terrorism are the result. In our globalized world, this also affects states in otherwise stable Europe. Regional and world powers often try to put an end to the bloodshed by means of military interventions or political resolutions. But they often fail because local elites profit from the chaos.

Does the state fulfill all of its functions?

What is a failed state and what causes a state to fail? How can states escape this situation? Professor Thomas Jäger from the Department of Political Science is

an expert in international relations and security policy. As the editor of the Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik [Journal of Foreign and Security Policy], he is at the center of current security policy discussions. He has written several books on topics such as terrorism and security. For the political scientist, weak or failed states are, first and foremost, a problem that has to do with our own conceptions of statehood: »It is a western understanding that a state must have the monopoly on the legitimate use of force and fulfill certain central functions such as providing a health care and a social welfare system, or upholding public safety and order. If it does not fulfill these functions, we see it as a weak state,« he explains. There are a lot of different variations: from weak states that no longer fulfill some of their basic functions to fully failed states that cannot uphold their monopoly on the use of force and



collapse. In this context, political scientists generally distinguish between international and domestic causes.

Globalization as a catalyst of economic decline

One important reason for the failure of states is their national and international



economic system. From colonialism to today's economic order, asymmetrical exploitation dominates relations between the highly developed countries on the one hand and the developing countries on the other, with the latter serving as suppliers of raw materials. Various states – mostly located in the southern hemisphere – thus do not succeed in developing

self-sustaining economies. Likewise, there are domestic reasons that mostly have to do with governance, including corruption and an incompetent public administration, which often leads to a lack of legitimacy among citizens.

In the past, these states were fragile but self-contained. At most, internal conflicts

had an effect on their direct neighbors. Today, everything is connected to the world market. »Crude oil is being exported even from para-state regions in Syria,« says Jäger. »There is a constant flow of goods, giving all parties involved in civil wars the opportunity to buy new weapons, mobilize new recruits and provide new services.«

Closed civil war economies turn into open civil war economies. »Wherever there are natural resources that can be mined, transported and sold, the situation is cemented. In Afghanistan, it is poppy; in the Middle East, oil.«

The end of the East-West conflict

The interest world powers have in certain geopolitical regions is also a significant factor. Particularly during the East-West conflict, the two superpowers were interested even in remote regions, and many states remained functional because their allies – the United States or the Soviet Union – supported them. With the end of the Cold War, these regions lost their geopolitical importance.

Thomas Jäger sees two parallel processes at work here that have to do with the end of the East-West conflict. »For one thing, a number of local conflicts were frozen and have now flared up again. Somalia, Ethiopia and the founding of Eritrea, for example. Others simply lost their protecting powers. As a consequence, the weakness of these states suddenly became apparent.« During the East-West conflict, nobody could seriously challenge the legitimacy of these regimes because the US or Soviet armies would have intervened in any rebellions. »Moreover, when the superpowers stopped their financial support, competition for the scarce resources that remained increased among local elites. State institutions came away empty-handed.«

What is to be done?

For more than twenty years, political scientists have thought about what we can do to stop the deterioration of states. What are the answers they have come up with? How can we prevent the failing of states? »Actually, the answer is that we do not know,« Jäger concedes. In the state building model, one idea is to establish a well-functioning public administration that fulfills its duties and raises the acceptance of the state among its citizens and among the elites. In the past,



however, local elites that control certain territories have succeeded in blocking such endeavors. »The ruling elites do not automatically aim at reestablishing statehood because it might diminish their intakes from their shady dealings. In these fragile states, some actors are making immense profits,« Jäger notes. But how can we get local elites to cooperate? Does it help to offer money in exchange

for fighting corruption? Again, the political scientist is critical: »More money for more cooperation in a situation that is already marked by corruption is the wrong incentive. The money simply disappears into dark channels.«

The large-scale projects that were launched in recent years in Iraq and Libya have moreover shown that this incentive



difficult to organize. Today, it has become relatively easy through Facebook groups and Twitter,« Jäger is sure. However, he cannot offer a very positive outlook. Instead he draws our attention to another region in crisis: »If we look at how insecure and weak many states in Africa are, and in light of the demographic development of the continent, we are speaking about billions, not millions of people at our borders. It is the greatest challenge that Europe will one day face, and it will have to find an answer to this key question: How can we foster stable, peaceful and well-organized societies?

does not work. Ten years into the state building project, it has consumed tremendous resources and is about to fail.

An uncertain future

Are states in which we have a monopoly on the legitimate use of force not the measure of all things? »We assume that a state needs a government with such a

monopoly. However, empirical findings have shown that there are a number of states with legitimate oligopolies.« Not only for the states in question, but also for their neighbors, however, many problems such as streams of refugees and terrorism remain.

»Migration from areas with fragile statehood will increase. In the past, this was

Sprechstunde
Bitte nicht stören



Sebastian Grote

»Karriere in der Wissenschaft funktioniert nicht, indem Sie Dienst nach Vorschrift machen«

Arbeitsverhältnisse sind oft prekär, Perspektiven unsicher: Die Planbarkeit einer wissenschaftlichen Karriere hat in den letzten Jahren stark abgenommen. Ein Verbundprojekt der Universitäten Köln und Bochum erforscht nun das wechselseitige Verhältnis von Vertrauen und Karrieren in der Wissenschaft. Im Interview erklärt der Kölner Soziologe Dr. Oliver Berli, warum Vertrauen gerade für angehende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine wichtige Ressource ist.

Herr Berli, ist die wissenschaftliche Laufbahn ein Glücksspiel?

In Deutschland ist das tatsächlich die klassische Sichtweise. Wir haben Professorinnen und Professoren aus sechs Fächern gefragt, welche Faktoren wissenschaftliche Karrieren beeinflussen. Ohne ein Quäntchen Glück sei Karriere in der Wissenschaft nicht möglich, war die Antwort mit der höchsten Zustimmung. An zweiter Stelle kam die Notwendigkeit von Netzwerken. Eine viel geringere Zustimmung gab es dagegen zur Aussage, dass sich Leistung und Qualität langfristig auszahlen würden. Diese Antworten zeigen, dass eine wissenschaftliche Karriere zumindest nicht berechenbar ist.

Warum nehmen trotzdem so viele Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler das Risiko auf sich?

Das ist eine spannende Frage. Die Bedingungen dürften allen bekannt sein. Mittlerweile bekommen Promovierende in vielen Graduiertenschulen etwa gesagt, dass von zehn Promotionen nur eine zur Professur führt. Nun beginnen aber bei weitem nicht alle ihre Doktorarbeit mit dem Ziel einer Professur. Ganz im Gegenteil: Pläne zu einer wissenschaftlichen Karriere entwickeln sich meistens erst peu à peu. Es bleibt die Ausnahme, dass jemand mit einem konkreten Ziel die wissenschaftliche Laufbahn startet.

Der wissenschaftliche Nachwuchs fordert in der Regel mehr Transparenz und finanzielle Mittel. Warum bringen Sie in Ihrem Forschungsprojekt Vertrauen als Ressource ins Spiel?

Eine Karriere in der Wissenschaft funktioniert nicht, indem Sie Dienst nach Vorschrift machen. Deshalb stellt einerseits Vertrauen in das System, aber auch Vertrauen in Personen eine wichtige Ressource für den wissenschaftlichen Nachwuchs dar. Wir sollten Vertrauen als Qualität von sozialen Beziehungen begreifen. Das ist ein entscheidender Faktor für den Erfolg. Uns geht es in dem Forschungsprojekt darum, solche Beziehungen zu untersuchen.

Lässt sich Vertrauen denn überhaupt greifbar machen, oder zählen für den Erfolg letztendlich nicht doch vor allem messbare Parameter wie die Anzahl der Publikationen?

Am besten funktioniert Vertrauen dort, wo man es gar nicht sieht. Das lässt sich etwa mit Geschenken vergleichen. Sobald wir gegenseitig aufrechnen, wie viel Geschenke gekostet haben, oder sogar für ein Geschenk bezahlen wollen, verliert das Prinzip seinen sozialen Sinn. Das ist sehr ähnlich bei Beziehungen, in denen persönliches Vertrauen wichtig ist. Eine Vertrauensgabe in der Wissenschaft wäre zum Beispiel das Kommentieren von unveröffentlichten Manuskripten. Kaum jemand würde auf die Idee kommen, daraus für die eigene Arbeit zu klauen. Und falls doch, wäre das Vertrauen schnell verspielt.

Dabei sprechen wir aber nicht von Vertrauen auf Augenhöhe. Schließlich sind doch gerade Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am Anfang ihrer Karriere viel stärker abhängig.

In der Wissenschaft finden wir häufig asymmetrische Beziehungen, die zudem über sehr lange Zeiträume existieren. In der Regel profitieren aber beide Seiten vom gegenseitigen Vertrauen. Nehmen wir zum Beispiel die Phase der Doktorarbeit. Das Betreuungsverhältnis ist sowohl für den wissenschaftlichen Nachwuchs, als auch für den Doktorvater oder die Doktormutter eine riskante Investition. Natürlich kann Vertrauen auch dazu führen, dass ich ausgenutzt werde. Die Alternative zum Vertrauensvorschuss wäre Misstrauen. Ich könnte versuchen, ständig auf der Hut zu sein, was mein Gegenüber macht. Das wäre allerdings sehr aufwendig.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Studie stammen aus verschiedenen Fächern. Gibt es Disziplinen, in denen Vertrauen eine besonders große Rolle spielt?

Die Geschichtswissenschaft ist zum Beispiel eine Disziplin, in der vor allem Individualleistungen wahrgenommen werden. Monografien sind entscheidend auf dem Weg zur Professur. In der Physik ist Forschung dage-

gen sehr viel stärker gruppenförmig organisiert. Ich würde es trotzdem weniger von den Disziplinen abhängig machen, sondern eher von der Gruppengröße. Je größer eine Gruppe ist, desto schwieriger wird eine Zusammenarbeit, die rein auf persönlichem Vertrauen basiert.

Sie untersuchen auch das Vertrauen in das Wissenschaftssystem. Ist es gefährlich, zu sehr auf die Karriere in der Wissenschaft zu vertrauen?

Wer eine Karriere in der Wissenschaft anstrebt, sollte auch über Exit-Strategien nachdenken. Spätestens in der Postdoc-Phase ist der Punkt erreicht, an dem man sich zwischen einer weiteren wissenschaftlichen Karriere oder Alternativen entscheiden muss. Viele der von uns Befragten standen genau vor dieser Entscheidung und haben die Phase als Konkurrenzphase wahrgenommen. Das deutsche System krankt meiner Meinung nach daran, dass sämtliche Alternativen zur Professur als zweite Wahl wahrgenommen werden – selbst wenn die Arbeitsbedingungen oft viel besser sind.

Was ist Ihr persönliches Fazit der Studie?

Es ist nicht zielführend, über eine stärkere Regulierung von Betreuungsverhältnissen nachzudenken. Viel entscheidender ist es, dass persönliches Vertrauen in der Wissenschaft funktioniert und es keine negativen Folgen für eine Seite hat. Das klappt allerdings nur, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.



Dr. Oliver Berli
Institut für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften
Institute for Comparative Educational Research and Social Science

»You Will Not Succeed in Academia with a Work-to-rule Attitude«

Employment is often insecure, job perspectives meager. In the last years we have seen a significant decline in the predictability of academic careers. A collaborative research project at the University of Cologne and the University of Bochum wants to find out more about the relationship between trust and the career prospects of scholars and scientists. In this interview, the Cologne-based sociologist Dr. Oliver Berli explains why trust is an important resource particularly for early-stage researchers.

Dr. Berli, is a success in academia a lottery?

In Germany, that is indeed a widespread belief. In our study, we surveyed professors from six disciplines, asking which factors most strongly influence academic careers. Without a little bit of luck, it is impossible to succeed in academia – that was the statement with the highest approval rate. At second place, respondents emphasized the necessity of networking. They agreed to a much lesser degree that performance and quality paid off in the long run. These answers show that academic careers are unpredictable, at any rate.

Then why do so many early-stage researchers take this risk?

That is an interesting question. Everyone

should have realistic expectations regarding his or her chances. Today, many graduate schools tell their doctoral researchers that only one person out of ten with a doctoral degree will actually become a professor. But not everyone who writes a dissertation actually wants to pursue an academic career. Quite the opposite is true: the plan to pursue such a career often evolves gradually. Starting out with an explicit goal is the exception, not the rule.

Early-stage researchers tend to demand more transparency and funding. Why are you focusing on the role of trust as a resource in your research project?

You will not succeed in academia with a work-to-rule attitude. That is why trust

in the system, but also trust in people, is an important resource for early-stage researchers. Trust in this sense means the quality of social relationships. That is a decisive factor of success. In the research project, we want to find out more about precisely these relationships.

But is it possible to make trust tangible? Or, at the end of the day, are not measurable parameters such as the number of publications what matters most?

Trust works best where we do not see it. It can be compared with presents, for example. If we started to reckon up what a present has cost us, or even offer to pay for one, the entire principle would lose its social function. Social relationships in

which personal trust is important work in a similar way. A mark of trust in academia might be to give a colleague an unpublished manuscript to comment. Very few people would steal from it for their own work. And if they did, they would forfeit the other person's trust very quickly.

What about trust in relationships in which one person has a dominant position? Particularly in the early stages of their careers, scholars and scientists are often dependent on their advisers or other superiors.

We often see asymmetrical relationships in academia, and they can persist for very long time periods. But in general, both parties benefit from trust in one another. During the doctoral phase, for example, the relationship between the candidate and his or her adviser is a risky investment for both sides. Of course trust can lead to exploitation. But the alternative to a certain credit of trust would be mistrust.

I could try to constantly be on my guard and to watch out for what the other person is doing. But that would be very time and energy-consuming.

The respondents of your survey come from different academic disciplines. Are there subjects in which trust plays an especially important role?

History, for example, is a discipline in which individual achievements are most strongly perceived. Monographs are decisive on the way to becoming a professor. In physics, research is organized in a more collective manner. Still, I would say that what matters most is not the discipline, but the group's size. The bigger a group is, the more difficult it becomes to cooperate on the sole basis of personal trust.

You are also researching trust in the academic system. Is it dangerous to bank too much on an academic career?

Those who do not want to pursue an aca-

demic career should definitely think about exit strategies. At the latest, people should decide during the postdoc phase if they want to stay in academia or pursue a different profession. Many respondents were facing this very decision and perceived the career phase as strongly marked by competition. In my opinion, a problem in the German system is that the alternatives to a professorship are all regarded as second-rate – even if the working conditions are often much better.

Which conclusion do you personally draw from your study?

Proposals to regulate the relationship between doctoral researchers and their advisers are not very expedient. More decisive is whether or not personal trust works well in academia and does not have negative consequences for either of the involved parties. But that can only work if we have the right framework.

Deutsche
Zentralbibliothek 185





Silke Feuchtinger

Wahrheitssucher im Sprachlabyrinth

Schon seit den ersten Studiensemestern interessiert sich David Wirmer für den muslimischen Gelehrten Averroes. Mit seinen Schriften zur Lehre des Aristoteles prägte der Philosoph im Mittelalter die Wissenschaft wie kaum ein Zweiter. Nun wird Wirmer einer der beiden Leiter einer neuen, hochdotierten Arbeitsstelle zur Averroes-Forschung.

Wer David Wirmer zum ersten Mal an seinem Arbeitsplatz besucht, ist womöglich zunächst irritiert: Sitzt der Juniorprofessor für Arabische und Jüdische Philosophie nun in einem Büro oder in einer Bibliothek? Beides ist richtig. Denn Wirmer arbeitet im Thomas-Institut. Arbeitsbereiche und öffentlich zugängliche Bücherregale gehen hier ineinander über, die Literatur breitet sich bis in die letzten Ecken hinein aus. Auch vor den Schreibtischen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter macht die Spezialbibliothek zur mittelalterlichen Philosophie

von der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften bewilligt wurde. Ein Mammutvorhaben: Mehrere tausend Seiten immer wieder überarbeiteter Texte des Averroes, sowohl in hebräischen und lateinischen als auch arabischen Fassungen, werden die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler analysieren, miteinander vergleichen und zum Schluss in einer kritischen Edition von 18 Bänden sowohl in digitaler als auch in gedruckter Form herausgeben. Mit einer Laufzeit von 25 Jahren und Mitteln von mehr als 10 Millionen Euro

erst über einen kleinen Umweg gelangt: Nachdem sein Wunschstudienfach »Semitische Sprachen« an der Bonner Uni unlängst eingestellt worden war, sattelte er als Studienanfänger kurzerhand auf Philosophie, Hebräisch und Islamwissenschaft um – eine Kombination, die für das Averroes-Projekt heute wie geschaffen erscheint. Zum ersten Mal begegnet ist ihm der um 1126 in Cordoba geborene, auch Ibn Rušd genannte Richter, Mediziner und Philosoph bereits während des zweiten Studienseesters: »Ich besuchte damals ein Seminar zu Tho-



keinen Halt. In diesen Tagen liegt auf Wirmers Platz allerdings – zwischen sorgsam aufgereihten Nachschlagewerken – ein dicker Stapel Bewerbungen: Gemeinsam mit Professor Andreas Speer, dem Direktor des Thomas-Instituts, stellt er zur Zeit ein Team für die neue Arbeitsstelle zur Averroes-Forschung zusammen, die nach monatelanger Vorbereitung Ende letzten Jahres

gleich das Projekt damit einem Sonderforschungsbereich der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

Wirmer arbeitet bereits seit 2003 am Thomas-Institut – zunächst als Doktorand, dann als Post-Doc, inzwischen als Juniorprofessor. Zur Philosophie ist der aus einer Juristenfamilie stammende Wissenschaftler

mas von Aquin – und wer sich mit Thomas beschäftigt, kommt an Averroes einfach nicht vorbei.« In der Tat: Fast alle bedeutenden Gelehrten des Mittelalters haben sich der Werke des muslimischen Wissenschaftlers bedient, vor allem seiner Erklärungen zu Aristoteles. Ganze Handbücher zu dessen Lehre waren aus Averroes-Kommentaren zusammengesetzt – für Thomas

von Aquin, Albertus Magnus und ihre Weggefährten das Modernste, was zu ihren Lebzeiten auf dem Markt war. Averroes wurde so im muslimischen, im hebräischen wie auch im christlichen Raum zu einem der meistdiskutierten Autoren. Auch heute noch können wir viel von Averroes lernen – davon ist Wirmer überzeugt: »Sein Werk macht bis heute die Verbindung zwischen den Kulturen deutlich. Es zeigt, dass wir alle eine gemeinsame Vergangenheit haben, in der uns die Auseinandersetzung mit der Philosophie der Antike eint. Ideologisch

möglich auch eine längerfristige Beschäftigung an der Uni Köln verbunden: »Mir war schnell klar, dass ich in der Wissenschaft bleiben möchte«, sagt Wirmer, der neben Forschungsaufenthalten in Paris auch einige Jahre in Jerusalem gelebt und studiert hat. »Einen echten Plan B habe ich daher nie ernsthaft verfolgt. Mir war es wichtiger, das, was ich mache, gut zu machen. Jetzt scheint sich zu zeigen, dass sich das gelohnt hat.« Das Averroes-Projekt begreift er jedoch nicht nur für sich selbst als Glücksfall: »Eine sorgfältige, digital zugängliche

Herausforderung sieht Wirmer darin, die Texte zwar einerseits möglichst originalgetreu zu rekonstruieren, den selbständigen Leistungen der Übersetzer jedoch ebenfalls gerecht zu werden: »Nicht immer lässt sich dabei problemlos beurteilen, was Neuinterpretationen sind und was nicht. Hinzu kommt, dass die Übersetzer im 12. und 13. Jahrhundert anders gearbeitet haben, als wir es heute gewohnt sind. Aber das macht das Ganze so spannend: Nicht selten sind ja gerade auch vermeintlich unwissenschaftliche Ausführungen besonders



motivierten Trennungsversuchen entzieht eine Beschäftigung mit Averroes damit von Anfang an den Boden.«

In den nächsten zweieinhalb Jahrzehnten werden nun Averroes' Schriften zur Aristotelischen Naturphilosophie zu Wirmers hauptsächlichem Tätigkeitsfeld. Mit der Bewilligung der Akademie-Arbeitsstelle ist wo-

Edition, wie wir sie planen, wird zahlreiche Grundlagen für neue Vorhaben schaffen – weit über die Grenzen des Thomas-Instituts hinaus.« In den kommenden Jahren geht es allerdings erst einmal darum, sich der in vielen Fällen nur durch Übersetzungen ins Hebräische oder Lateinische überlieferten arabischen Schriften des Averroes so genau wie möglich anzunähern. Die größte

ergiebig für die Forschung«, betont er. In der Arbeitsstelle werden Speer und Wirmer eng mit drei wissenschaftlich und methodisch erfahrenen Editorinnen oder Editoren zusammenarbeiten, die jeweils für eine der drei Sprachen zuständig sind. Unterstützt werden sie durch eine Promotionsstelle sowie einen Mitarbeiter, der die technische Betreuung steuert.

Wenn Wirmer über Averroes spricht, liegt in jedem seiner Worte Begeisterung: »Averroes hat niemals locker gelassen. Er wollte Aristoteles' Lehre bis ins letzte Detail verstehen und hat dabei eine große intellektuelle Entdeckerfreude an den Tag gelegt«, erklärt er. »Sein erklärtes Ziel war es, die Philosophie aus dem rein privaten Bereich herauszuholen und ihr in der Gesellschaft Anerkennung, ja eine Schlüsselstellung zu verschaffen. Er war sich sicher: Wenn die Menschen richtig verstünden, was Philosophie bedeutet, dann wüssten sie, dass sie mit dem Glauben an Gott vereinbar ist. Diese Meinung verteidigte Averroes vehement, allen Kritikern zum Trotz.« Noch heute polarisiert sein Werk: Von den einen als ketzerisch missverstanden, nutzen andere sein Erbe, um in seinem Namen für Gedankenfreiheit, für Frauenrechte, für die Fortsetzung eines aufgeklärten Islams zu werben. Wirmer sieht in seinem Projekt deshalb über die akademische Komponente hinaus auch einen gesellschaftlichen Auftrag: »Die Auseinandersetzung mit Averroes ist höchst aktuell – unsere Aufgabe ist es, sie fundiert zu begleiten.« Denn wie Averroes wusste: »Die Welt braucht die Wissenschaft, nur so werden die Dinge erkennbar. Eine Welt ohne sie darf es nicht geben.«

Seeking Truth in a Labyrinth of Language

David Wirmer became interested in the Muslim scholar Averroes already at the beginning of his studies. With his writings on the teachings of Aristotle, the philosopher shaped the scholarship of the Middle Ages like few others. Now Wirmer will become co-head of a new, prestigious research unit dedicated to the work of Averroes.

Those who visit Wirmer for the first time at his workplace are a bit confused: is the assistant professor for Arabic and Jewish philosophy sitting in an office or in a library? In fact, both: Wirmer works at the Thomas Institute, where work spaces and publicly accessible reading areas blend. Books spread into every corner of the room. Even the desks of those working in the special library on medieval philosophy are not spared. These days, however, a stack of applications is also to be found among the neatly arranged reference books on Wirmer's desk. Together with Andreas Speer, the director of the Thomas Institute, Wirmer is in the process of putting together a team for the new Averroes research unit. After months of preparation, at the end of last year the North Rhine-Westphalian Academy of Sciences, Humanities and the Arts finally granted the project. It is a truly gargantuan task: the researchers will analyze and compare several thousands of pages of Averroes text in Hebrew, Latin and Arabic that the author himself repeatedly revised. In the end, a critical edition comprising eighteen volumes will be published digitally and in print. Running for twenty-five years and with a total funding of ten million euros, the project can be compared in scope to a Collaborative Research Center of the German Research Foundation (DFG).

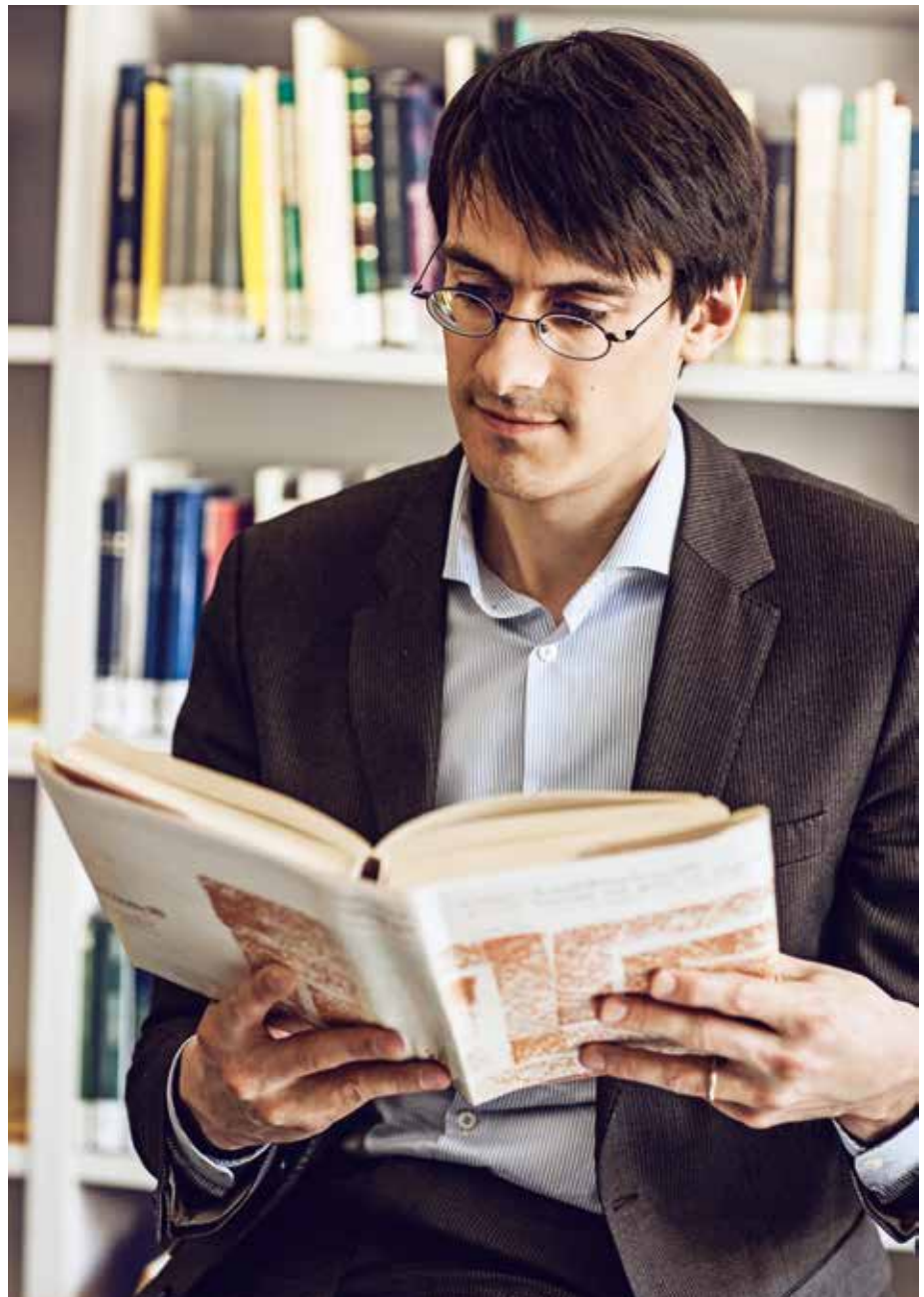
Wirmer started working at the Thomas Institute in 2003 – first as a doctoral researcher, then as a postdoc, and now as an assistant professor. Coming from a family of lawyers, he came to philosophy by a slight detour. The University of Bonn, where he studied, had already discontinued the degree program »Semitic Languages.« Thus he decided to major in philosophy, Hebrew studies and Islamic studies – a combination that turns out to be perfect for the Averroes project. He encountered the work of Averroes, the legal scholar, doctor and philosopher who was born in Cordoba in 1126 C.E. and is also referred to as Ibn Rushd, early in his studies: »I was taking a seminar on Thomas Aquinas. Studying the work of Thomas, it is impossible to avoid Averroes.« Indeed, almost all significant medieval scholars drew on Averroes's work, particularly on his writings on Aristotle. Entire handbooks on his teachings were composed of Averroes's commentaries. For Thomas Aquinas, Albertus Magnus and their contemporaries, he was the most modern thinker of their times. In the Muslim, Hebrew and Christian realms, he became one of the most widely discussed authors. Wirmer is convinced that even today, we can still learn a lot from Averroes: »Averroes makes the connection between cultures tangible to this day. This shows that we

share a common past that unites us in our study of Ancient philosophy. His work simply thwarts all ideologically motivated attempts to draw boundaries.«

In the next two and a half decades, Wirmer will spend most of his time studying Averroes's writings on Aristotle's natural philosophy. The Academy's granting of the research unit will most likely make it possible for Wirmer to pursue his research at the University in the long term. »I knew early on that I wanted to pursue scholarship,« says Wirmer. Besides research stays in Paris, he also lived and studied in Jerusalem for a number of years. »That is why I never had a serious Plan B. To me, it was more important to invest all my energy into what I do. Now it seems to have paid off.« However, he is convinced that he is not the only one who will benefit from the Averroes project: »A careful, digitally accessible edition such as the one we are planning will create the foundation for new research endeavors beyond the Thomas Institute.« In the years to come, the main task will be to reconstruct many original Arabic Averroes texts. Many of them are only available in Hebrew and Latin translations. For Wirmer, the biggest challenge is, on the one hand, to reconstruct the texts as true to the original as possible, and on the other, to do justice to the original contributions of the translators: »It is not always easy to tell what is a new interpretation and what is not. Moreover, translators in the twelfth and thirteenth centuries worked completely differently than they do today. But that is also what makes it so interesting. Often, supposedly unscientific contributions provide a wealth of insights for scholars,« he notes. At the research unit, Speer and Wirmer will work together with three scientifically and methodically experienced editors responsible for the three languages, respectively. A doctoral researcher and a person responsible for technical support will complete the team. When Wirmer speaks about Averroes, his enthusiasm becomes tangible in every word. »Averroes never gave up. He wanted to understand every last detail of Aristotle's teaching. In doing so, he dem-

onstrated tremendous intellectual spirit of discovery,« he explains. »His declared goal was to lead philosophy out of the private realm and to ensure that it receives recognition, that it is given a key role in society. He was sure: »If people truly understood what philosophy means, they would know that it can be reconciled with their belief in God. Averroes was an ardent proponent of this viewpoint, despite his many critics.« To this day, his work polarizes people. Some continue to see him as a

heretic while others use his name to advocate freedom of thought, women's rights, and the tradition of an enlightened Islam. Hence Wirmer also believes his work to have a social mission: »Averroes's work addresses highly topical issues. Our task is to provide a scientifically sound basis for discussion.« Already Averroes knew: »The world needs science; that is what allows us to understand it. There can be no world without it.«



Herausgeber *Editor*

Der Rektor der Universität zu Köln

Universität zu Köln

Presse und Kommunikation

Merle Hettesheimer (v.i.S.d.P.)

(Responsible in the sense of press law)

Chefredakteur *Editor-in-chief*

Sebastian Grote

Redaktion *Editorial Staff*

Silke Feuchtinger

Robert Hahn

Autoren *Authors*

Michael Kubiciel

Übersetzung *Translation*

Eva Schissler

Katherine Maye-Saidi

Bildredaktion *Image editor*

Sebastian Grote

Gestaltung *Art Direction*

mehrwert intermediale kommunikation GmbH, Köln

www.mehrwert.de

© Abbildungen *Images*

Maya Claussen (alle Bilder außer S. 6: Martina Markus; S. 8: Guilherme Frainer;
S. 18: Tsambikakis & Partner; S. 63: privat)

Titelbild *Cover picture*

Maya Claussen Photography

www.mayaclaussen.com

Anzeigenverwaltung | Druck *Print*

Köllen Druck + Verlag GmbH

Ernst-Robert-Curtius Straße 14

53117 Bonn-Buschdorf

Anzeigen *Advertisement*

Christa Schulze-Schwering

T +49 (0)228 98 982 – 82

F +49 (0)228 98 982 – 99

verlag@koellen.de · www.koellen.de

Auflage *Circulation*

3.000

© 2016: Universität zu Köln



